Nr. 647. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 10,50 Mk., monatl. 3,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,80 Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,60 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 19. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Italien rückt ab.

Handlanger der Reaktion.

Der Aufruf des Berliner Bezirksvorstandes im „Vorwärts" vom letzten Sonnabend früh, der sich gegen die unehrliche und demagogische Ausnutzung des Marloh-prozesses durch die unabhängigen Kommunisten wendet, hat gewirkt wie ein Knüppel, der zwischen eine Schar Krähen geworfen wird. Alle fliegen auf und krächzen durcheinander.

Die „Freiheit" bringt einen langen Leitartikel mit der schönen Ueberschrift: „Feige und nichtswürdig", der sich in Tobsuchtsanfällen förmlich überschlägt. Und in der „Welt am Montag" wirft sich Herr Hans Leuß, der getreue Schildknappe der Unabhängigen, ebenfalls zum Zensor der Berliner Parteiorganisation auf und fragt überlegen, wer es sei, der immer von neuem Organisationen der Mehrheitspartei zu solchem Zwecke mißbraucht, die Partei bloßstellt um Noskes und Reinhards willen. Diese Ränke müßten endlich aufgeklärt werden.

Wir wollen demgegenüber zunächst noch einmal klar und und unzweideutig feststellen, worum es sich im Falle Marloh handelt.

Im März d. J. wird von den unabhängig-kommunistischen Arbeiterräten ein politischer Generalstreik zum Sturz der Regierung beschlossen. Erst nachdem der Streik beschlossen, debattiert man darüber, was er bezwecken soll! Die Arbeiterschaft selbst wird nicht befragt, sondern zum Teil unter Androhung von Gewalt, zum Teil durch die erlogene Behauptung, daß die Mehrheitssozialisten mit dem Streik einverstanden seien, zum Eintritt in den Streik veranlaßt. Die Buchdrucker zwingt man zum Streik, indem man sonst Gas und Wasser abzusperren droht. Am nächsten Tage wird trotzdem der Streik in den Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken beschlossen und auch kurze Zeit durchgeführt. Diese Tat reißt nunmehr den größten Teil der Arbeiterschaft zum Widerstand empor. Nach nur fünftägiger Dauer bricht der Streik zusammen.

Bereits Stunden bevor der Streik von den Arbeiterräten beschlossen war, hatten sich an verschiedenen Stellen der Stadt die dunkeln Elemente der Großstadt gesammelt und, von unabhängig-kommunistischen Straßenrednern und Stoßtrupps durchsetzt, am Alexanderplatz und im Norden Berlins damit begonnen, Läden zu plündern, Polizeiwachen zu stürmen, einzelne Soldaten zu überfallen, zu entwaffnen und zu mißhandeln. Erst nachdem dies festgestellt war, wurde der Belagerungszustand verhängt, und nachdem sich am ersten Tage und in der darauffolgenden Nacht gezeigt hatte, daß Republikanische Soldatenwehr und Matrosendivision entweder nicht imstande oder nicht willens waren, die Ordnung in Berlin aufrecht zu erhalten, für den nächsten Tag der Einmarsch der Regierungstruppen angeordnet.

Die Drahtzieher des damaligen Generalstreiks waren aber nicht gewillt, ihr Spiel so schnell verloren zu geben. Die von ihnen aufgeputschten Massen waren auch zum Teil nicht mehr zu halten. Die Waffen in den Händen der unabhängig-kommunistischen Aufständischen gingen überall los und es kam zu schweren Kämpfen zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen, wobei bald die Matrosendivision und Teile der Republikanischen Soldatenwehr meuterten und sich auf die Seite der Aufständischen schlugen. Alles dies war vorbereitet. Welche Verluste an Menschenleben und welcher Sachschaden an diesen Tagen verursacht wurden, ist bekannt. Ohne jede einzelne, durch die Erregung und Erbitterung des Kampfes hervorgerufene Handlung auf seiten der Regierungstruppen zu billigen, muß doch heute sowie damals von uns rückhaltlos anerkannt werden, daß die Niederwerfung des bewaffneten Aufstandes eine dringende Notwendigkeit war und daß wir es nur dem Eingreifen der Regierungstruppen verdanken können, wenn Berlin nicht völlig eine Beute der Räuber und Plünderer geworden und zum völligen Zusammenbruch gekommen ist. Der Bezirksvorstand hat also recht, daß die wahren Schuldigen an all' jenen Vorkommnissen die putschlüsternen Generalstreikhetzer vom März sind.

Und nun darf nicht übersehen werden, daß in dieser von Blut und Mord, von Haß und Erbitterung geschwängerten Atmosphäre die Erschießung der 29 Matrosen durch Marloh erfolgt ist. Für die Beurteilung der heutigen Reichswehr, für die Beurteilung des Systems Noske oder für die Beurteilung der heutigen Regierung beweist dieser tief beklagenswerte, nur aus den damaligen Verhältnissen heraus erklärliche Fall nichts. Der Berliner Bezirksvorstand hat aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch alle im März bestehende Erregung die Erschießung nicht rechtfertigen könne und daß alle diejenigen, denen ein gesetzwidriges Verhalten nachgewiesen werden kann, ohne Rücksicht auf ihre Person zur Rechenschaft gezogen und insbesondere sofort aus allen amtlichen Stellen entfernt werden müssen. Eine Gemeinschaft zwischen Marloh, Kessel, Reinhard und uns gibt es nicht. Die Generalstreikhetzer jetzt als die moralisch Entrüsteten anzuerkennen, ist aber zu starker Toback. Nicht eine Folge des Systems Noske, sondern der unabhängig-kommunistischen Diktaturpolitik ist der Fall Marloh. Und gegenüber den Versuchen, uns die Verantwortung aufzuladen, gehören die wahren Schuldigen an den Pranger.

Die „Freiheit" behauptet, es sei unwahr, daß sie den Bürgerkrieg predige und hervorrufe und daß sie die Mörder Neurings, Auers, Klüwers, der Münchener Geiseln usw. beschütze. Sie habe sie genau so scharf verurteilt. Aber die „Freiheit", die in jedem Falle, wo ihre Parteigänger getroffen werden, nur von Mord redet, brachte die Nachricht über die wirklich bestialische Ermordung Neurings in Dresden unter der sanften Ueberschrift „Der sächsische Kriegsminister getötet". Und dieselbe „Freiheit", die den Verhandlungsprozeß in Sachen Marloh in fast stenographischer Treue veröffentlichte, hat über die Prozesse gegen die Mörder Neurings, gegen den Mörder Klüwers, gegen die Geiselmörder, und jetzt gegen den Mörder Lindner nur stark gekürzte Berichte und nur das den Angeklagten Günstige berichtet. Das muß bei ihren Lesern den Eindruck hervorrufen, daß die Taten dieser Leute von ihrem Parteistandpunkt aus mit Nachsicht zu behandeln sind.

Wir sollten uns doch durch alles Geschrei nicht darüber täuschen lassen, daß es sich für die Unabhängigen gar nicht darum handelt, aus innerster moralischer Entrüstung irgendwelche Schandtaten an den Pranger zu stellen und ihre Sühne zu verlangen. Wenn sie das wollten, dann hätten sie an ihren eigenen Schandtaten in Düsseldorf, im Ruhrrevier, in Bremen, in Oberschlesien, in Dresden, in München, in Halle, in Berlin usw. ein so gerüttelt Maß voll zu tragen, daß sie es überhaupt nicht mehr wagen dürften, ehrlichen Menschen unter die Augen zu treten. Für sie handelt es sich daher lediglich darum, die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Taten abzulenken, alles demagogisch auszunützen, was irgendwie Stimmung gegen die heutige Regierung und insbesondere gegen unsere Partei machen könnte. Nicht zu dem Zweck, um Ordnung zu schaffen, sondern um selbst an die Herrschaft zu kommen. Und was dem deutschen Volke dann blühen würde, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Sie spekulieren hierbei auf die Unzufriedenheit infolge wirtschaftlicher Nöte, auf Gefühle, Stimmungen und darauf, daß die Arbeiter die Ursachen dieser Zustände vergessen. Hierbei den Unabhängigen Helfersdienste zu leisten, kann nicht Aufgabe der Leitung einer großen Parteiorganisation sein. Deshalb entsprach der Aufruf des Berliner Parteivorstandes einer selbstverständlichen politischen und Parteipflicht.

Wir werden uns auch veranlaßt sehen müssen, bei anderen Gelegenheiten ein offenes Wort zu Dingen zu sprechen, die ebenfalls zu derartiger Stimmungsmache benutzt werden. Wir erinnern an die vor wenigen Tagen erfolgten Zusammenstöße mit den Kriegsbeschädigten in den Reichswerken in Spandau. Etwas Aehnliches haben wir ja in den letzten Wochen wiederholt in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen Groß-Berlins erlebt, wo unter Führung der Unabhängigen und Kommunisten aufgepeitschte Menschen in die Sitzungsräume geführt wurden und sich dort schlimmste Ausschreitungen, Mißhandlungen usw. zuschulden kommen ließen. Soll es denn ein übliches und erlaubtes Kampfmittel werden, daß jede beliebige Gruppe das Recht bekommt, wenn sie mit ihren Wünschen nicht durchdringt, die in Frage kommenden Personen und Körperschaften mit Gewalt anzugreifen? Sollen denn diese Angegriffenen verpflichtet sein, trotz aller ihnen erteilten Schläge diesen Angreifern zärtlich beruhigend die Wange zu streicheln oder muß man ihnen nicht wirklich das Recht zuerkennen, daß sie alle geeigneten Mittel anwenden, damit eine solche Gesellschaft beim Kragen genommen und kopfüber an die frische Luft befördert wird? Man wird allerdings verlangen müssen, daß die Anwendung von Waffen bei dieser Abwehr aufs äußerste vermieden wird. Wenn aber alles andere nicht hilft, so wird man auch dazu greifen müssen.

Der Berliner Parteivorstand würde eine jämmerliche Rolle spielen und würde den Anforderungen der heutigen Zeit nicht gerecht werden, wenn er nicht den Mut hätte, diese Wahrheiten den Parteigenossen offen und ehrlich zu sagen, an ihr Denken, ihre Ueberlegung zu appellieren. Es ist natürlich viel bequemer und angenehmer, wie es die Unabhängigen tun, gegen die Offiziere, den Militarismus, gegen Noske, die Reaktion usw. ein großes Geschrei zu erheben. Damit wird man stets Gegenliebe bei dem gedankenlosen Teil der Arbeiterschaft finden. Wir aber, gegen die sich in Wirklichkeit dieser angebliche Kampf der Unabhängigen richtet, dürfen uns durch alles Geschrei nicht davon abhalten lassen, diesen Heuchlern und Volksbetrügern die Maske vom Gesicht zu reißen und der Arbeiterschaft zu zeigen, was sie in Wirklichkeit sind: Die wirklich Schuldigen, die Handlanger der Reaktion!

Nichtratifizierung?

Der italienische Außenminister Scapola hat sich nach dem „Messagero" in London englisch empfohlen. Er reiste so plötzlich ab, daß keiner der englischen Staatsmänner auf dem Bahnhof war. Eine Sitzung des interalliierten Militärausschusses war so rasch einberufen worden, daß weder der italienische, noch der amerikanische Botschafter mit den nötigen Vollmachten versehen werden konnten. Nach dem „Corriere della Sera" handelt es sich um Frankreichs Wunsch nach einem interalliierten Generalstab. Das Blatt findet, daß ein solcher Generalstab sinnlos sei, weil er doch keine Truppen hat, und daß die ganze Sache mit dem Völkerbund unvereinbar sei. Jedenfalls tut Italien mit der starken Sozialdemokratie im Leibe nicht mit, und auch die Katholiken sind defaitistisch verseucht. Hat doch der Papst in seiner Rede an die Kardinäle sich mit gleicher Entschiedenheit wie gegen den Bolschewismus, auch gegen den Gewaltfrieden gewendet, den Kriegsnationalismus so vieler Katholiken (lies: klerikaler Parteien) getadelt und die Völkerversöhnung und die Gleichheit von Siegern und Besiegten als Programm aufgestellt.

Ein Pariser Bericht des „Secolo" spiegelt die französische Besorgnis wider, das neue italienische Parlament könnte die nachträgliche Genehmigung des königlichen Ratifizierungserlasses verweigern.

Da die Sozialisten die Ratifikation ablehnen und das Zentrum für eine Milderung der Friedensbedingungen eintritt, und diese Parteien in der Kammer zusammen die absolute Mehrheit besitzen, ist diese Möglichkeit durchaus vorhanden. Auch verschiedene Strömungen innerhalb des Zentrums selber lassen eine Annahme des Friedensvertrages durch die Gesamtfraktion als fraglich erscheinen.

Scialoja ist heute in Rom angekommen und wird morgen dem Ministerrat auf Grund der Londoner Besprechungen über den Stand der Adriafrage Bericht erstatten.

Franzosen nach Danzig?

Das sozialistische Pariser Blatt „Bon Soir" fragt: Ist es wahr, daß sechs Bataillone Jäger sich nach Danzig einschiffen sollen, und was tun sie dort? Man dirigiert sie ohne Zweifel nicht nach Schlesien (?), um sie eine Vergnügungsreise machen zu lassen, wohl eher um zu kämpfen. Aber wen zu bekämpfen? Für welches Abenteuer schifft man sie ein, und in welches Abenteuer lassen wir uns ein?

Die Grenze zwischen dem Elsaß und der Schweiz ist gesperrt. Trotz aller Proteste sind im Elsaß die Kolonialtruppen noch verstärkt worden. Foch schiebt wieder Truppen herum, um die Notwendigkeit des erhöhten Standes der Armee zu beweisen.

Der irische Aufstand.

Reuter meldet, daß Dienstag nacht ein Ueberfall auf den Bahnhof Cork von 200 bewaffneten Sinnfeinern ausgeführt wurde. Sie hielten den Bahnhof eine Stunde lang besetzt und suchten nach einer für das Militär bestimmten Waffensendung. Es gelang nicht, sie zu verhaften.

Brotpreiserhöhung und Lohnsteigerung.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft verhandelte in stundenlanger Beratung über den Entwurf einer Verordnung über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Gerste und Kartoffeln. Die Regierung begründete die Vorlage, die eine nicht unerhebliche Steigerung der Lebensmittel bedeutet, damit, daß die Prämienzahlung die Lieferungspflicht der Landwirte erhöhen werde. Trotz aller Bedenken, deren sich auch die Regierung nicht verschließen konnte, bleibe kein anderer Ausweg übrig. Unsere Genossen wiesen wiederholt und mit Nachdruck auf die durch die Preissteigerungen sich ergebenden Folgen hin und bezweifelten, daß durch die Prämienzahlung die Lieferungspflicht erhöht werde. Es werde vielmehr dazu kommen, daß ein großer Teil der Landwirte auch weiterhin mit ihrer

Lieferungspflicht im Rückstande bleiben werde, um einen noch höheren Gewinn zu erzielen, was selbst von den anwesenden Landwirten zugegeben wurde. Von unseren Genossen wurde wiederholt geltend gemacht, daß sie die schwersten Bedenken gegen die Vorlage haben und ihr nur zustimmen könnten, wenn die Regierung dafür sorge, daß die Aufrechterhaltung der Existenzmöglichkeiten der Arbeiter, Angestellten, Rentner, Pensionäre usw. gewährleistet würde und stellten mehrere diesbezügliche Anträge. Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Angenommen wurden die folgenden sozialdemokratischen Anträge:

„Um unter Berücksichtigung der Produktionskosten für das kommende Wirtschaftsjahr angemessene Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie keinen Höchstpreisen unterworfen sind, zu erzielen, wird die Reichsregierung ersucht, sofort eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus Landwirten, landwirtschaftlichen Arbeitern und Konsumenten in Verbindung mit der Reichsregierung zu bilden und auf Grund der Feststellung derselben dem Ausschuß eine Vorlage über eine eventuelle Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse des kommenden Wirtschaftsjahres zu unterbreiten."

Auf Antrag wurde weiter beschlossen:

Durch die beschlossene Prämienzahlung für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist eine nicht unerhebliche Steigerung der Haushaltungskosten eingetreten. Um einen Ausgleich gegenüber diesen Mehrausgaben zu erreichen, und um erneute Störungen des Wirtschaftslebens zu vermeiden, erachtet es der Ausschuß für notwendig, daß auch die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie die Renten, soweit sie sich aus der sozialen Gesetzgebung ergeben, der Verteuerung der Lebensmittel angepaßt werden. Die Reichsregierung wird ersucht, auf die Landesregierungen, Gemeindeverwaltungen und Arbeitgeberorganisationen in diesem Sinne einzuwirken.

Durch die Annahme der Regierungsvorlage tritt eine Erhöhung des Mehls um 34½ Pfennig und eine Verteuerung des 2350-Grammbrotes um 80 Pf. ein, so daß sich der bisherige Preis von 1,65 M. auf 2,45 M. stellt. Aufgabe der Regierung muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß nicht eine weitere Steigerung des Brotpreises durch die das Brotgetreide verarbeitende Industrie eintritt, daß sie die sozialdemokratischen Anträge einer sofortigen Prüfung unterzieht und daraus die sich ergebenden Maßnahmen in die Wege leitet. Hoffentlich sind sich alle in Frage kommenden Stellen darüber völlig klar, daß es jetzt gilt, das zu gesundende Wirtschaftsleben mit weiteren Störungen zu verschonen.

Das neue Lieferungsprämiensystem.

Ueber den Aufbau des neuen eben beschlossenen Lieferungsprämiensystems werden folgende Einzelheiten bekannt. Bei Getreide wird dem Landwirt, wenn er 70 vom Hundert seines Lieferungssolls erfüllt hat, für jeden Zentner der von ihm abgelieferten Gesamtmenge an Brotgetreide oder Gerste eine Prämie gezahlt, die mit 2 M. beginnt und in Staffeln von zunächst 10, alsdann von 5 Proz. um 2 bzw. 2.50 M. steigend, bei Erfüllung von 110 vom Hundert des Lieferungssolls 15 M. erreicht. Die Zahlung der Prämie erfolgt bei Getreide rückwirkend für jeden Zentner, den der Erzeuger überhaupt abgeliefert hat. Dadurch wird bewirkt, daß der Anreiz zur Lieferung fortgesetzt steigt. Hat ein Erzeuger z. B. mehr als 80 Proz. seiner Lieferungspflicht geleistet, so wird ihm die Prämie von 4 M. nicht nur für das gezahlt, was er über 70 Proz. hinaus geliefert hat, sondern für die gesamte, von ihm gelieferte Menge. Da nun die Prämie immer weiter steigt, erhöht sich der Betrag immer mehr, so daß der lieferungsfreudige Landwirt reich entschädigt wird und er sich doppelt überlegen muß, ehe er den Schleichhandel in Anspruch nimmt.

Mit Rücksicht auf die von der Getreidebewirtschaftung abweichende Art der Erfassung der Kartoffeln und ihrer Zuweisung an den Verbrauch ist diese Rückwirkung bei Kartoffeln nicht möglich. Bei Kartoffeln wird daher dem Erzeuger, der 50 vom Hundert seines Ablieferungssolls erfüllt hat, für jeden darüber hinaus gelieferten Zentner eine Prämie von 2 M. gezahlt. Diese Prämie erhöht sich nach Erfüllung von je zehn weiteren Prozenten des Ablieferungssolls um je 50 Pf. Für jeden nach Erfüllung des gesamten Lieferungssolls noch abgelieferten Zentner beträgt die Prämie 5 M. Die erhöhten Sätze gelten auch für die Erzeuger, die bei Erlaß der Verordnung bereits 50 Proz. geliefert haben. Die Prämien werden durch den Kommunalverband gezahlt. Mit Rücksicht auf den Stand der Reichsfinanzen müssen die durch die Prämie entstehenden Aufwendungen von den Verbrauchern getragen werden. Bei Getreide werden die von den Kommunalverbänden verauslagten Beträge diesen durch die Reichsgetreidestelle erstattet. Die der Reichsgetreidestelle durch die Prämienzahlung entstehenden Kosten werden durch die Erhöhung der Mehlpreise gedeckt, die unter Wegfall der bisher gewährten Reichszuschüsse 46.50 M. für den Doppelzentner beträgt.

So unerwünscht eine Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise ist, ist die durch die Einführung der Ablieferungsprämien bedingte Belastung der Verbraucher auf jeden Fall bedeutend geringer, als sie sein würde, wenn Getreide und Kartoffeln in erhöhtem Umfange zu den bekanntlich überaus hohen Preisen aus dem Ausland eingeführt werden müßten. Es ist nun Sache der Landwirte, zu beweisen, daß sie das Entgegenkommen der Regierung und des Parlaments auch zu würdigen wissen. Von ihrem Verhalten wird es abhängen, ob und wann an einen weiteren Abbau der Zwangswirtschaft gedacht werden kann. Er wird um so später und schwerer möglich sein, je weniger sich die Landwirte bereit finden, ihre Pflicht unter diesen günstigen Vorbedingungen zu erfüllen.

•

Der Reichswirtschaftsminister hat **neue Preise für Kunsthonig und Marmelade** genehmigt. Die Preise gehen wesentlich über die vorjährigen Preise hinaus, weil bei der geringen Zuckererzeugung auch Auslandszucker für die Herstellung der Ware in Anspruch genommen werden muß. Der Kleinhandelspreis für das Pfund Marmelade stellt sich auf 8,24 M., für Kunsthonig auf 3,70 M.

Späte Erkenntnis.

„Wer recht erkennen will, muß zuvor in richtiger Weise gezweifelt haben", sagte Aristoteles einmal. Man könnte fast glauben, daß unsere Freunde vom Schiffbauerdamm aus dem Stadium des Zweifels in das des Erkennens gekommen sind. Jedenfalls hat sich das noch nie dagewesene ereignet, daß die „Freiheit" sich ehrlich über eine Maßnahme der Regierung freut. Sie ist ganz beglückt, „daß die Regierung vor den Drohungen der Gastwirte nicht zurückgewichen ist und die Zurückziehung der Verordnung (betreffend Wuchergerichte) abgelehnt hat". Sie sagt weiter: „Das einzige Zugeständnis, das die Regierung gemacht hat, nämlich zu gestatten, daß gegen die Verurteilung Berufung eingelegt werden kann, haben ja auch wir als eine Notwendigkeit bezeichnet".

Wir sind wirklich erstaunt über dieses Maß von Gerechtigkeit, das die „Freiheit" der Regierung widerfahren läßt. Rückhaltlos erkennt sie an, daß der Regierung das Wohl der Allgemeinheit, besonders der armen Bevölkerung höher steht, als das des bemittelten Publikums. Das sagt sie zwar nicht offen heraus, sie darf es ja nicht — von wegen Moskau! — sie bekennt es aber faktisch, indem sie schreibt: „Denn uns stehen die Interessen der Allgemeinheit, besonders aber der armen Bevölkerung, bedeutend höher, als die der Gastwirte und des bei ihnen verkehrenden Publikums". Da die Regierung in diesem Falle ganz zur Zufriedenheit der „Freiheit" gearbeitet hat, so gilt dieses sich selbst gespendete Lob natürlich auch für die Regierung.

Wir freuen uns dieser späten Einsicht und wollen deshalb über die kleine Fälschung, daß die „Freiheit" die einzige Tageszeitung sei, die sich diesmal der Interessen der Gastwirte nicht angenommen hat, hinwegsehen, denn aller Anfang ist schwer — auch der zur Besserung.

Schützer der akademischen Freiheit.

Im reaktionären Blätterwald tönt Heulen und Wehklagen, weil der Kultusminister Genosse Haenisch im Marburger Universitätsfall dem Professor Traeger eine Rüge erteilt hat, der im Kolleg Mitglied r der Regierung beschimpfte und in parteipolitischen Ergüssen über die Republik herzog. „Die akademische Freiheit ist in Gefahr!" so schreit es in allen Tonarten. Dabei ist dem streitlustigen Professor nichts weiter eröffnet worden, als daß er unbeschadet seines Rechtes auf sachliche Kritik eine Verächtlichmachung der geltenden Staatsordnung und der staatlichen Funktionäre unbedingt zu vermeiden habe. Das ist gewiß eine sehr milde Erledigung des Falles. Trotzdem begehrt der schwerindustrielle „Lokalanzeiger" folgendermaßen auf:

So also sieht die akademische Lehrfreiheit im neuen Deutschland aus. Wir sind begierig zu erfahren, wie sich die deutschen Hochschullehrer zu dieser Auffassung und zu dieser Anweisung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stellen werden.

In noch viel stärkeren Ausdrücken tobt der orthodoxe „Reichsbote", ein Blatt, für das es bis zum November 1918 kein greulicheres Wort gab, als Gesinnungsfreiheit oder Gewissensfreiheit:

Wir lernen jetzt an allen Ecken und Kanten kennen, was sozialdemokratische „Freiheit" heißt. Es ist die **Freiheit des Zuchthauses**, die Herdenmenschen genügen mag, die nur gut verdienen, wenig arbeiten und gut essen wollen, nicht aber sittlich erzogenen Individualitäten, die wissen, was geistige Freiheit ist, und was sie für ein Volk bedeutet. **Im alten monarchischen Staate bestand wahre akademische Freiheit.**

Ach wirklich? Wie sah denn die wahre akademische Freiheit des monarchischen Staates aus? Hat der „Reichsbote" noch nie etwas von einem Fall Arons und einer Lex Arons gehört? Unter der „wahren akademischen Freiheit" des alten Systems wurde ein Hochschuldozent von der geistigen Bedeutung des Gen. Leo Arons gemaßregelt, der in der sachlichsten Weise physikalische Vorlesungen hielt, weil er außerhalb der Universität, in seinem Privatleben, Sozialdemokrat war. Die jetzige Regierung verlangt nur, daß der politische Tagesstreit nicht in die Hörsäle hineingetragen wird und läßt im übrigen jedem Dozenten volle politische Gesinnungs-, Meinungs- und Lehrfreiheit. Unter dem alten System dagegen wurden Dozenten bloß wegen ihrer politischen Gesinnung auf die Straße gesetzt. Aber für den „Reichsboten" ist erwiesen, daß dieses alte System die „wahre Freiheit" bedeutete, während die Toleranz des demokratischen Systems „sozialdemokratischer Zuchthausstaat in Reinkultur" ist und „den letzten Rest geistiger Freiheit erdrosselt". Ist dies gleich Wahnsinn, hat es doch Methode, nämlich die verlogene alldeutsche Hetzmethode!

Steuerpolitik und Sozialismus.

Ein Jahr nach dem ersten deutschen Rätekongreß hat die Deutsche Nationalversammlung das Reichsnotopfer verabschiedet. Diese beiden Tatsachen bringen wir deshalb in Zusammenhang, weil es auf den Tag genau ein Jahr her ist, daß der Chefredakteur der „Freiheit", Dr. Rudolf Hilferding, auf dem Rätekongreß erklärte, sozialisiert dürfe nur gegen angemessene Entschädigung werden, da man sonst die größte Unsicherheit ins Wirtschaftsleben trage; was zur Bekämpfung der Ungleichheit des Vermögens getan werden solle, könne man eben so gut wie durch den Sozialismus durch eine gute Steuerpolitik erreichen.

Es wäre wünschenswert, wenn die „Freiheit" diese Auffassungen jetzt wieder abdruckte, damit ihre Leser das richtige Verständnis für die Bedeutung der Besitzsteuergesetze im Reiche erhalten. (Warum ist dieser Wunsch vollkommen aussichtslos.) Sind diese Gesetze auch noch keineswegs vollkommen, so geben sie doch klar in der Richtung, die Dr. Hilferding von damals einer zugleich ehrlich und vernünftig gerichteten sozialistischen Politik gewiesen hat.

Auf der Straße.

Von Hans Gathmann.

In den Tagen kurz vor Weihnachten stehen auf den Straßen der Großstädte Kinder und verkaufen Hampelmänner. Sie halten sie vor die schmale Brust, ihre Gesichter sind blaß, ihre Augen scheu und bittend. Man sieht, sie haben viel Hunger. Das rasende Leben der Großstadt jagt an ihnen vorüber. Sie drücken sich an die Straßenecken, um nicht von dem Menschenstrom fortgerissen zu werden und schreien mit ihren dünnen Kinderstimmchen erfolglos den Hastenden zu: Hampelmänner! Hampelmänner!

Niemand hört. Ein paar neugierige Kinder drängen sich hinzu und betrachten bewundernd die bunten Pappfiguren. Die kleinen Verkäufer krampfen die Hände in den zerrissenen Taschen ihrer ärmlichen Mäntel und treten von einem Fuß auf den anderen. Es ist kalt. Fröstelnde Nässe kriecht am Körper hoch. Sie husten. Abends fühlen sie sich wie zerschlagen. Vielleicht schimpft die Mutter, wenn sie nicht genug verkauft haben. Ihnen ist, als wären sie zermalmt und zermürbt worden von den endlosen Menschenwellen, die an ihnen in den traurigen Stunden vorüberschießen. Als hätte sie jeder einzelne Mensch geschlagen.

Aber sie begreifen noch nicht. Sie haben unschuldige Augen und Herzen und leiden unter ihrer Armut und der bitteren Kindheit ohne Empörung.

Ich habe einem von ihnen Geld geschenkt. Fast kam ich vor ihm wie schuldig vor und scheute seine dankbaren Augen. Weihnachten ist das Fest der Freude und Liebe unter den Menschen. . .

Die Ankläger der pflichtvergessenen Welt stehen in Kindergestalt an den Straßenecken aller Großstädte und verkünden stumm und unerhört das Elend der Zeit. Weihnachten? . . Da soll ein Glanz in jedes Herz fallen, ein Funken Freude wenigstens, ein Atemzug der Liebe durch jede Menschenseele gehen. . . .

Wenn du jetzt hingehst, werden die Kinder noch dastehen. Sie rufen mit müden Stimmen: Ihre Augen sind scheu. Man sieht, sie haben viel Hunger. Und frieren, denn es ist kalt und häßlich.

Vom Volkserzähler Gorch Fock.

Denn diesen Titel, der sehr Hohes sagt und im Volkes Namen findet, hatte Gorch Fock sich im Hamburger Gebiet schon erworben, als die Schlacht am Skagerrak vor drei Jahren sein Mannesleben vernichtete. Seither sind Gorch Focks Werke in weite Runde gelaufen. Zum hundertsten Tausend ist der Roman „Seefahrt ist not" gelangt, dies Werk, in dem die freudig lachende Lebensluft des Finkenwärder Fischersohns am stärksten erwies, wie hochgemut er Segel aufsetzen konnte. An schwedischer Küste ruht Gorch Fock, dort, wo das Meer seinen Körper zwischen Trümmern an Land spülte. In breiter Steinumwallung liegt sein Grab neben Gräbern von Schicksalsgefährten. Unter den Lebenden hätten wir dich heute brauchen können, Gorch Fock! Du wärst einer von denen gewesen, die in der Not in die Wolken packen und lange Breschen reißen, daß der blaue Himmel durchkann.

Wir brauchen Mut, der aufgeht aus der besonderen Macht des Glaubens an sich selbst und aus dieser Wurzel die sichere Richtung seines Wollens und Werdens empfängt. Aus solchem Mut gingen Gorch Focks Bücher hervor, all diese munteren, menschenschauenden Erzählungen von der Wasserkante, von Niederelbe und Nordsee, von „Schullengriepern und Tungenkniepern", „Hamborger Janmooten", „Fahrensleuten", wie die Buchtitel lauten, die plattdeutsche Geschichte derbfrohen Uebermuts dann von „Hein Godenwind", dem „Admiral von Moskitonien", und endlich jener schon genannte Roman, der des Dichters letztes größeres Werk bleiben sollte. Dem Hamburger sind diese Reihen von Geschichten mit ihrer handfesten Sprache aus der Welt der Seefahrtsarbeit eine starke, schöne Truhe heimatlicher Erinnerungen. Das hat er vorweg. Aber sie sind mehr. Sie haben den Menschen in sich, der sie geschrieben hat, einen, der werden wollte, was er in sich fühlte, der von unten heraufkam und die Welt gab, die er erlebt hatte, und der den Willen, der sein Schiff antrieb, in Gestalten umdichtete, die aus dem zähen Stoff seiner Heimatmenschen gebaut waren.

„Sterne überm Meer" hat Aline Bußmann ein Buch getauft, das in Tagebuchblättern die innere Natur dieses Dichters sich selber schildern läßt. Ein Buch der frohen Zuversicht, die über alles Hemmen mit sonnigem, brausendem Idealismus hinwegspringt. „Ueber die Seligkeit des Ausschreitens gegen starken Wind geht mir kaum etwas; jeder Schritt gibt neue Kraft und neue Freude. Ich bin ein Schiff mit vollen Segeln". Und ein Blatt weiter von diesem Wort sagt Gorch Fock: „Von den Singvögeln müssen wir lernen, die auf dürren Aesten am lautesten singen." Allerdings: „Wir singen auf dürren vor Angst und auf grünen vor Sattheit nicht mehr." Ueber all dies junge, oft noch in erster Einfalt knospende Rühren des Geistes hinaus leuchtet das Glühen dieses Willens zu kämpfender Freude, und diese Art ist es, die Gorch Focks Bücher immer durchsonnt und überall verständlich machen wird, wo Freude nottut. Eben jetzt hat Aline Bußmann Verstreutes von Fock zu einem neuen Buch verbunden: „Schiff vor Anker", wie alles andere von M. Glogau jr., Hamburg, verlegt (und in der Vorwärts-Buchhandlung vorrätig). Mitten in dem bunten Strauß der hier vereinten Erzählungen, von denen einiges aus Anfangszeiten stammen mag, jauchzt es in einer Herbstbootsfahrt draußen an der Elbmündung auf:

„Sei mir gegrüßt, du bunte Welt, sei mir gegrüßt, du großes Leben. Du rinnst und jagst durch meine Adern, reißest mich auf und wirfst mich nieder. Nieder? Fortan nicht mehr! Wer so lachen kann, wie ich, der läßt sich nicht mehr niederwerfen. Ich lebe, und doch will ich leben. Ich lebe mit Wissen und Willen fühle jeden Atemzug, jeden Windhauch, jeden Wellenschlag. Ich sehe jeden Baum und jede Wolke, deute jeden Schritt und jeden Klang, forsche in allen Mienen und in allen Zügen. Umflutet, umbraust, umkost — und König meines Lebens bin ich! Mittelpunkt der Welt, aller Augen warten auf mich und über meinem Kopfe ist der Himmel am allerhöchsten. Was ich sehe, was ich tue: darauf kommt es an und für mich scheint die Sonne. Umreißen oder aufbauen, das ist mir gleich, nur wirken, arbeiten, die Arme aufkrempeln können und dabei singen mögen! Wenn zwei streiten: hei, dazwischen gesprungen und mitgestritten! Leben, lachen, siegen! Nicht eingebettet sein, wie die rote Leuchtboje hier an Backbord, deren mattes Blinkfeuer mit den Sonnenstrahlen kämpft."

Aus solchem Geist, solchem Gemüt, solch wundervoll jungem Lebensdrang wurde Gorch Fock das, was ihn unsern guten Volksdichtern gesellt. Er steckte seine Ziele hoch und wußte, das vollendete Werk, das auch ihm selber erst ganz genügen konnte, stand seinem Schaffen noch bevor; den lauten Ruhm, den sein Seefahrtroman weckte, wehrte er aus dem Willen zu Größerem ab. Noch einmal: wir hätten ihn jetzt brauchen können unter den Lebenden. Seine Art hätte in diese Welt der schwersten Charakterproben gepaßt. Nun müssen die Bücher, die er sich aus dem Herzen schrieb, an seine Stelle treten, und sie werden die Kraft haben, vieles von dem zu ersetzen, was durch Gorch Focks frühen Tod vor der Reife hinsank.

frl.

Teuerung und Geldentwertung. Unter diesem Titel hat Genosse Dr. Max Sachs ein Büchlein geschrieben, das im Verlag von Kaden u. Comp., Dresden, erschienen ist und in knapper, klarer Darlegung die Gründe der fortgesetzten Teuerung und des Valutaschwundes schildert. Als Ausweg sieht der Verfasser eine bedeutende Steigerung der Produktion bei äußerster Sparsamkeit im Inneren. Vor allem müßte die Verschleuderung deutscher Waren an das Ausland verhütet, die Exportgewinne müßten auf irgendeine Weise, sei es durch Ausfuhrzölle oder Beschlagnahme der Devisen, erfaßt werden. Wir vermissen in der sonst vorzüglichen volkstümlichen Darstellung ein näheres Eingehen auf das eigentliche Problem der Kapitalflucht und auf die markttechnischen Gründe des Valutatiefstandes. Aber auch ohne dieses bietet das auf reichem Material und volkswirtschaftlicher Sachkunde aufgebaute, leicht lesbare Schriftchen nicht nur Anregung, sondern auch Belehrung für den Suchenden.

Gebt uns einfache Satzzeichen! Mit diesem Aufruf wendet sich Richard Laube in der Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins an den Reichsschulausschuß, damit unser Volk endlich eine einheitliche vereinfachte Zeichensetzung erhalte und aus dem „Irrgarten der bisherigen Satzzeichen-Willkür" herauskomme. Das Jahr 1901 hat dem Reiche, Oesterreich und der Schweiz zwar eine einheitliche deutsche Rechtschreibung gebracht, aber die Zeichensetzung, diese andere Außenseite am schriftlichen Sprachgebrauch, zog man damals nicht in den Kreis der Beratungen, obwohl gerade ihre bunte Mannigfaltigkeit in deutschen Landen die Männer der Schule zur Abhilfe hätte auffordern müssen. Wie verschieden denken die einzelnen Volksstämme, Schularten, Berufe und Volksschichten über Wesen, Wert und Anwendung des Satzzeichens, vor allem des Beistriches! Besonders in den Schulen herrscht die ärgste Verwirrung. „Wer das nicht glaubt", sagt Laube, „der vergleiche die Abschnitte über Zeichensetzung in den Regelbüchern von Bayern, Württemberg und Oesterreich, und bedenke, daß das preußische und sächsische Regelbuch einen solchen Teil überhaupt nicht kennt. Sachsen hat zwar eine Schulzeichensetzung, aber irgendwie amtlich anerkannt ist sie nicht. Indes auch andere Menschen leiden unter diesen verfahrenen Verhältnissen. Wenn sie eine Zeitung, einen Roman, ein Gedicht, einen Brief oder eine Urkunde zur Hand nehmen, überall begegnet ihnen eine Willkür in der Anwendung der Redezeichen."

B.

Endet die Sklaverei!

In der Donnerstagssitzung der Nationalversammlung führte zur Begründung des bereits im Abendblatt mitgeteilten Gesetzes

gegen das Glücksspiel

Reichsjustizminister Schiffer aus: Es ist allgemein bekannt, welchen Umfang und welche überaus bedauerlichen Formen das Glücksspiel in letzter Zeit angenommen hat. Man muß es geradezu als einen Hohn auf die Zustände empfinden, in denen sich der größte Teil unseres Volkes befindet. Dem muß unter allen Umständen entgegengetreten werden.

Das Gesetz wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Ebenso werden der Notenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten sowie das am 22. September 1919 in Versailles unterzeichnete Protokoll über den Artikel 61 Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches (kein Anschluß Deutschösterreichs) erledigt.

Das Gesetz über die Sozialisierung der

Elektrizitätswirtschaft

wird ohne Aussprache in dritter Lesung angenommen. Der erforderliche Nachtragsetat wird bewilligt.

Das

Umsatzsteuergesetz

wird nach kurzer Debatte gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen verabschiedet.

Kundgebung für die Kriegsgefangenen.

Präsident Fehrenbach: Das Haus hat es für angezeigt gehalten, vor Eintritt in die Weihnachtsferien unserer armen Kriegsgefangenen freundlich zu gedenken. Zu diesem Zwecke schlage ich Ihnen folgende Resolution vor:

Mehr als eine halbe Million unserer deutschen Brüder harren noch ihrer Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft. Der größte Teil von ihnen wird in Frankreich festgehalten. Bei Abschluß des Waffenstillstandes mußte Deutschland seine Gefangenen entlassen. Sechs Monate sind verflossen, seitdem wir den Friedensvertrag ratifiziert haben. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen, wie mit ihren Eltern, Frauen und Kindern, die jetzt beim Herannahen des Weihnachtsfestes mit besonders tiefer Sehnsucht ihrer in der Ferne weilenden Lieben gedenken und wendet sich an die Neutralen und an diejenigen Frauen und Männer **in den bisher feindlichen Ländern**, die sich ein menschlich fühlend Herz bewahrt haben, das teilnehmend für die unglücklichen Gefangenen schlägt, auf daß sie laut ihre Stimme erheben zu dem Ruf:

Gebt den Frauen ihre Männer, den Kindern ihre Väter, den gebeugten Eltern ihre Söhne wieder!

(Zustimmung von allen Seiten des ganzen Hauses.) Sie haben sich zu Ehren der Gefangenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen für diese feierliche Kundgebung und stelle die einmütige Annahme dieser Entschließung durch die Nationalversammlung fest. (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Eine Reihe von Petitionen werden erledigt.

Freitag 10 Uhr: Interpellation der Rechten über die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung.

•

Gefangenenlos.

Wegen zweier Faustschläge gegen seinen Wächter ist der deutsche Kriegsgefangene Hoffmann zum Tode verurteilt worden. Die „Humanité“ teilt mit, daß der Wächter **zuerst** geschlagen hatte und daß dem Angeklagten eine Disziplinarstrafe als erschwerend angerechnet wurde, die für die Züchtigung eines Mitgefangenen wegen Verrats eines Fluchtplans verhängt worden war. Das Blatt hofft, daß das Urteil nicht vollstreckt und der Prozeß neu aufgerollt wird.

Die „Badische Presse“ schreibt: Ein aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter Soldat brachte einer Familie in Bonndorf im Schwarzwald die Nachricht, daß ihr seit **fünf** Jahren vermißter und tot geglaubter Sohn noch am Leben sei. Er sei im Oktober 1914 nach einem Lager in Algier gebracht worden, wo noch heute über 30 000 deutsche Gefangene in Sklavendienst gehalten würden.

Zum Achtstundentag für das Krankenpflegepersonal.

Von einem parteigenössischen Arzt erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Bewegung, welche gegen die geplante strenge Durchführung des Achtstundentages für das Krankenpflegepersonal einsetzt, darf nicht den Plan zum Scheitern bringen.

Die angeführten Bedenken machen es erforderlich, daß nicht nach einem strengen Schema verfahren wird, sondern daß für besonders liegende Fälle und besondere Stellungen, z. B. Oberin, Operationsschwestern, oder besondere Situationen, z. B. besonders Schwerkranke, Ausnahmen zugelassen werden.

Im allgemeinen aber muß an der Grundlage festgehalten werden, daß der Krankenpflegerdienst nicht länger als acht Stunden in 74 Stunden zu währen hat.

Als Gründe sind anzuführen, daß die Majorität des Krankenpflegepersonals die allgemeine Einführung des Achtstundentages wünscht. Der Wunsch gründet sich aber nicht auf Unlust zur Arbeit, sondern auf dem Bedürfnis nach größerer Bewegungsfreiheit. Diese braucht aber die Krankenpflege mindestens ebenso, wenn nicht mehr als jeder andere Berufsmensch. Sein Dienst verlangt eine besondere geistige und seelische Einstellung. Er soll den persönlichen Wünschen seiner Pflegebefohlenen Rechnung tragen, soll dabei die aufgetragenen Verordnungen, deren Ausführung dem Kranken oft schmerzhaft und unbequem ist, durchsetzen, soll rücksichtsvoll und zugleich energisch sein und trotz aller Schwierigkeiten frisch und freundlich bleiben. Er bedarf für diese Leistungen einer Entpersönlichung. Denkt man sich diesen Dienst auch nur acht Stunden täglich gut durchgeführt, so begreift man, wie stark dann das Bedürfnis einsetzen muß, sich seiner Familie, seinen anderen Aufgaben als Mensch und Bürger einige Stunden am Tage gehören zu können. Ist es nicht wahrscheinlich, daß ein ausgeruhter und geistig entspannter Pfleger am nächsten Tage seinen Dienst frischer antreten wird, als einer, der unter dem dauernd gleichen, oft niederdrückenden Einfluß der Klagen und Schmerzen der Kranken steht?

Von einer solchen Entspannung und solchem Ausgenutztsein hat aber nicht nur der Pfleger, sondern auch der Kranke einen großen Vorteil, aber keinerlei Nachteil. Dem Kranken ist es zunächst erwünscht, daß die Anordnungen des Arztes vom Pfleger auch wirklich ausgeführt werden, dann, daß dies rücksichtsvoll und in freundlicher Weise geschieht. Damit ist er der Hauptsache nach zufrieden gestellt. Kommt hinzu, daß der Pfleger ihm auch seelisch nahe rückt, so ist das eine sicher sehr willkommene Zugabe, die auch für den Arzt sehr wichtig ist. Aber wurde dies letztere bisher in den Krankenhäusern der Regel nach oder auch nur oft erreicht? Ja ist das erstere gegenwärtig und unter dem bisherigen System allgemein? Jeder, der den Bericht von Kranken aus Krankenhäusern zu hören Gelegenheit hat, weiß, wie relativ selten die Kranken mit ihrem Pfleger zufrieden waren, wie oft sie zu klagen hatten. Die Kranken selbst und die Oeffentlichkeit im allgemeinen hat diesen Uebelstand auf die Ueberlastung des Pflegepersonals zurückgeführt. Es ist demnach zu erwarten, daß durch die Einführung des Achtstundentages auch den Kranken wesentlich genützt werden wird.

Schließlich muß es auch für die Aerzte von wesentlicher Bedeutung sein, ob sie es mit einem frischen, elastischen, willfährigen Pflegepersonal oder mit einem übermüdeten und innerlich unlustigen zu tun haben. Der Mehraufwand an Kosten kommt gewiß ernstlich in Betracht, kann aber keine entscheidende Bedeutung gewinnen, weil sonst überall die Errungenschaft des Achtstundentages eine Rückwärtsrevidierung erfahren müßte. Auch die Privatkliniken werden sich dem allgemeinen Zug der Zeit unterwerfen müssen und es wird sich zeigen, daß es ihnen gelingen wird. Für die Uebergangszeit bleibt es wünschenswert, daß ihnen Zeit zur Anpassung an die neuen Verhältnisse gelassen wird.

Es muß daher als eine Pflicht der Regierung angesehen werden, sich von der prinzipiellen Einführung des Achtstundentages für den Krankenpflegeberuf nicht abdrängen zu lassen. K.

Groß-Berlin

Zum Streik der Gastwirte.

Der Proteststreik der Gastwirte gegen die verschärften Verordnungen gegen den Schleichhandel, der am Donnerstagmorgen in einem alle Erwartungen der die Bewegung leitenden Organisationen weit übersteigenden Umfange einsetzte, hat im Laufe des gestrigen Tages noch eine Steigerung erfahren, da auch die Mehrzahl der verhältnismäßig wenigen Gastwirtschaften, die vormittags ihre Lokale noch offen hielten, nach Aufklärung sich ebenfalls der Bewegung anschlossen. Seitens der in Betracht kommenden Organisationen ist ein umfassender, gut funktionierender Kontrollapparat geschaffen worden, um eine einheitliche Durchführung des in der Versammlung im Wintergarten gefaßten Beschlusses zu gewährleisten.

Die zahlreichen Kontrolleure, die den ganzen Tag über bis zum Eintritt der Polizeistunde unterwegs waren, arbeiteten nach einem bestimmten Plan. Das ganze Kontrollgebiet ist in Bezirke eingeteilt, denen eine bestimmte Anzahl Kontrolleure zugewiesen waren, die straßenweise die dort befindlichen Gastwirtschaften, Hotels, Konditoreien usw. auf die Durchführung des Streikbeschlusses hin prüften und die bisherigen Außenseiter entsprechend aufklärten.

Besonders strikte sind die Gastwirte der nördlichen und östlichen Vororte der Streikparole gefolgt. In **Pankow** war gestern von über 330 Lokalen kaum ein halbes Dutzend offen, in Lichtenberg, Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal hatten **fast alle Lokale geschlossen**.

Ueberaus groß ist die Zahl der **Zustimmungserklärungen aus dem Reiche**, die im Laufe des gestrigen Tages namentlich für Berlin und die Provinz Brandenburg eingelaufen sind. Aus Halle ist die Mitteilung eingelaufen, daß die dortigen Gastwirte sich bereits am gestrigen Donnerstag der Aktion ihrer Berliner Kollegen angeschlossen haben; dort war schon gestern ebenfalls die große Mehrzahl der Lokale geschlossen worden. Zustimmungserklärungen liegen auch aus vielen großen Städten vor, so Breslau, Dresden, Frankfurt usw. Diese Nachrichten aus der Provinz lassen darauf schließen, daß die Bewegung sich über das ganze Reich ausdehnen wird.

Der Teil der Bevölkerung, der auf die Speisung in den Gastwirtschaften angewiesen ist, ist von dem Streik recht unangenehm betroffen worden. Man versuchte es so gut es ging mit der „Selbstversorgung“ aus den Lebensmittelgeschäften, doch blieb diese Aushilfe in fast jedem Falle ein nur recht unzureichender Ersatz für die gewohnte Restaurationsspeisung. Besonders in Mitleidenschaft gezogen waren die Hotelgäste, die über Lebensmittelkarten nicht verfügten, die denn auch ihrer Mißstimmung oft in recht erregter und drastischer Weise Ausdruck gab. Die Fremden, die von dem Streik betroffen werden, werden die „Fremdenstadt“ Berlin wohl kaum in gutem Andenken behalten.

Die Verhandlungen der aus dem Syndikus des Deutschen Gastwirteverbandes Rechtsanwalt Dr. **Weiskom**, dem Vorsitzenden des Verbandes der Gast- und Schankwirte für Berlin und Brandenburg Otto **Strauß** und Herrn **Rachwalski** vom Interessenverband für das deutsche Gastwirtsgewerbe bestehenden Kommission mit den Behörden, die bereits gestern stattfinden sollten, werden wohl erst im Laufe des heutigen Vormittags zustande kommen. Es wird gehofft, daß diese Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsamt und dem Reichsjustizamt zu einem Ergebnis führen, der den Gastwirten die Aufrechterhaltung der Betriebe ermöglicht. Findet sich ein gangbarer Weg nicht, dann ist nach Erklärungen der Gastwirtsorganisation mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß es im Monat Januar zu einer **völligen Stillegung der Gastwirtsbetriebe im ganzen Reiche** kommt.

Die Reichsregierung steht, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, auf folgendem Rechtsstandpunkt, der von dem Reichsjustizministerium und dem Reichswirtschaftsministerium einheitlich vertreten wird:

Wollte man den Gastwirten, wie sie es verlangen, eine Sonderstellung innerhalb der Gesetzgebung einräumen, so bliebe von dem ganzen Gebäude der Zwangswirtschaft, das die Reichsregierung einstweilen unter keinen Umständen entbehren zu können glaubt, nicht viel mehr übrig, als ein durchlöchertes Gebäude ohne rechten Inhalt und Zweck. Wie es gesetzestechnisch unmöglich ist, die milderen Fälle der Lebensmittelvergehen aus dem juristischen Tatbestande der Schleichhandelsvergehen herauszuschälen, so ist es überhaupt grundsätzlich nicht angängig, die Gastwirte hinsichtlich der Uebertretung von Ernährungs- und Wirtschaftsbestimmungen besser zu stellen als andere Handeltreibende. Ein Eingehen auf die Wünsche des Gastwirtsgewerbes ist nach Auffassung der Reichsregierung nur denkbar in der Richtung, daß einerseits an die Gastwirtschaften eine reichlichere Belieferung als bisher erfolgt, daß aber andererseits eine Zurückdämmung der Ansprüche des Gasthauspublikums ganz unumgänglich sei. Rein juristisch hat die Lage des Gastwirtsgewerbes durch die neue Wuchergerichtsgesetzgebung keine wesentliche Aenderung erfahren, da ja schon auf Grund des Gesetzes vom 7. März 1918 jeder Gastwirt, der im Sinne dieses Gesetzes Schleichhandel trieb, sich strafbar machte.

Gerade der Reichsjustizminister verkennt in keiner Weise die

Montrose.

48] Detektivroman von Sven Elvestad.

Er sieht nur die drei oberen schwarzen viereckigen Fenster, die unteren werden vom Garten verborgen. Er sieht auch undeutlich die aufgerollten Markisen über den Fensterrahmen, was die Aehnlichkeit mit aufgerissenen und erschrockenen Augen noch verstärkt. Während der Mörder dieses Phantom anstarrt, dieses traumähnliche Gesicht von Stein und Schatten, nimmt seine eigene unablässig wechselnde ahnungsvolle Gemütsstimmung eine neue Form an. Er meint, seine eigene Angst in dem Phantom zu sehen. Langsam, als wenn eine Photographie auf einer anderen hervorgerufen wird, tritt ein neues Bild in seine weit geöffneten Augen. Die Bäume vor dem Hause, zwischen deren Zweigen der Mörder am Abend die hellen und freundlichen Gardinen des Fensters gesehen hat, und eine Frau, die sich sorglos gegen den Fensterrahmen lehnte — diese Bäume stehen jetzt wie mit Dunkelheit gefüllte Abgründe zu beiden Seiten der Treppe. Etwas ist plötzlich aus dem Gesicht des Hauses herausgefallen und verschwunden, die Dunkelheit der Bäume bildet zwei gewaltige, leere Augenhöhlen, und das knochengelbe Gestein der Fassade ist wie die Silhouette eines Totenkopfes gegen den Nachthimmel. So, alle Sinne von Tod und Untergang erfüllt, geht er zur Mordtat, sogar die Luft schwitzt einen durchdringenden Geruch von Friedhof aus. Fledermäuse umflattern ihn auf schwarzen, stummen Schwingen. Bei jedem schleichenden Tritt in dem feuchten Gras ruft er die Geister des Mordes, diese Wesen der Dunkelheit und des Schweigens. Jetzt schweben sie über seinem Kopf, lautlos, in steigendem und fallendem Fluge . . .

Wo bin ich geblieben? Ich habe ein Gefühl, als ob ich ihm nicht mehr folge, und doch bin ich der Mörder. Ich stehe draußen im Garten, umgeben von dem unbeschreiblichen Frühlingsduft. Und dennoch befinde ich mich drinnen vor der Paneeltür mit den breiten braun gebeizten Feldern. Worauf warte ich hier draußen? Jetzt kommt es. Auf den Todesschrei des Opfers. Den will ich hören. Ich sage Ihnen, mein Herr, nicht nur das Opfer schreit. In diesem Schrei werden alle stummen Leute beredt. Der ohnmächtige Schreck der Menschenwohnung, die wachsame Dunkelheit der Pappeln, alles, was den Menschen gehört und seine Freunde sind, die Steinpfosten der Gittertür, die Landstraße, das sauberschnittene Gras der Rasen, alles, was mit seinen toten aber abwartenden Augen die Ankunft des Mörders gesehen hat, macht seinem Schmerz in dem Todesschrei des Opfers Luft, wie eine unvergängliche Anklage alles dessen, was dem Leben und den Menschen angehört. Da hörte der Mörder den Schrei, ja, da hörte ich ihn — —“

Keller war zu Ende. Während er vorgelesen hatte, war er sich unablässig mit der Hand übers Haar gefahren. Jetzt fiel ihm nichts Besseres ein, als nervös in den Papieren zu blättern, seine Finger zitterten, er war sehr nervös und sah mit einem fragenden Blick auf.

„Alle Wetter,“ rief Krag erstaunt, „ist das alles?“

„Ja, bis auf weiteres. Als er soweit gekommen war, schloß er die Augen und sagte, daß er todmüde sei. Ich solle in einigen Stunden wiederkommen, dann wolle er fortfahren.“

„Stenographieren Sie?“

„Ja.“

„Was glauben Sie?“ fragte Krag weiter.

„Was ich glaube,“ antwortete Keller mit einem bitteren Lächeln, „ich glaube, daß Sie zweifeln.“

„Das meine ich nicht. Was glauben Sie von dem Bekenntnis?“

Keller, der sonst so kühle Polizeiagent, war offenbar von dem Erlebnis mit Arnold Singer stark erschüttert. Er verbreitete sich eifrig darüber, welch starken Eindruck dieser Mann auf ihn gemacht habe.

„Er ist offenbar eine höchst seltsame Erscheinung im Leben der Großstadt,“ sagte er. „Ich bin fest davon überzeugt, daß wir die merkwürdigsten Enthüllungen von ihm erwarten können. Er ist ein Produkt unserer überreifen Zivilisation. Sie wissen, lieber Krag, daß während der letzten zwei, drei Jahre mehrere rätselhafte Morde unaufgeklärt geblieben sind. Stellen Sie sich vor, wenn nun Arnold Singer uns diese Geheimnisse lösen würde. Vielleicht ist er eine Art mystische Figur, einer von den seltsamen Tigern des Großstadtlebens.“

„Aber Montrose?“ sagte Krag und lachte.

„Ja, Montrose — — — das kommt noch, das kommt später. Ich fragte ihn auch nach Montrose. Das kommt, sagte er. Es dauert noch eine Stunde, bis das Verhör von neuem beginnt. Ich bin selten so gespannt gewesen.“

„Ich möchte Sie nur noch einmal daran erinnern,“ sagte Krag, indem er seinen Mantel anzog, „ich möchte Sie nur noch daran erinnern, was wir vor allen Dingen erfahren müssen, nämlich:

1. Wo ist Montrose, tot oder lebendig?
2. Wer und wo sind seine Mörder oder die, die ihn entführt haben?
3. Wo sind die Mörder des verrückten Professors?“

„Ich glaube,“ sagte Keller, „daß Arnold Singer Abbé Montrose ermordet hat.“

„Aber, lieber Freund, kann man sich auch auf seine Vernunft verlassen, wenn er es sagt? Er ist augenblicklich sehr exaltiert.“

„Seine Exaltation gibt ihm ja gerade die visionäre Erinnerung an alles Geschehene. Sie hätten sein Gesicht sehen sollen, als ich ihn verließ und bevor ich das Licht löschte. Er war versteinert, abwesend . . . Ich muß beständig an ihn denken.“

Krag dachte auch an ihn. Er meinte ihn unbeweglich in der dunklen Zelle liegen zu sehen. Er mußte an den Ausdruck vom Reisen denken, den er gebraucht hatte. Jetzt reiste Arnold Singer in seiner Zelle in einem kleinen Viereck von Stein, fern von allem Gegenwärtigen, dem Verbrechen früherer Tage und dem Entsetzen ehemals erlebter Stunden entgegen.

Daran dachte Asbjörn Krag.

XXXIV. Nummer 32. Hier.

An diesem Abend war der „Pfau“ von Menschen überfüllt. Die Sensation von Abbé Montroses Verschwinden und die geheimnisvolle Mordaffäre waren eine riesige Reklame für das Lokal geworden. Dreimal mußten die Türen geschlossen werden, so groß war der Andrang von neugierigen Gästen. Dem Morgengewölk, der in seiner roten und weißen Fülle die Residenz hinter dem Bartisch wieder eingenommen hatte, gefiel dieser Andrang gar nicht, denn er verstand die Veranlassung sehr wohl. Einige Neugierige, die ganz naiv die Frage stellten, ob sie das Zimmer sehen könnten, wo der Professor ermordet worden sei, begegneten einem furchtbaren Blick aus den geschwollenen Augen des Gewittergewölks und einem heiseren, brummenden Laut, dessen Bedeutung nur Rudolf erfaßte. Der verständnisvolle Kellner eilte herbei und brachte die zudringlichen Frager draußen auf der Straße in Sicherheit.

(Forts. folgt.)

Notlage und die Schwierigkeiten, mit denen das Gasthausgewerbe zurzeit zu kämpfen hat. Dem soll im weitesten Maße Rechnung getragen werden, indem einmal alle Rechtsgarantien geboten werden, um den betroffenen Gastwirten im Wiederaufnahmeverfahren die Möglichkeit zu geben, alles zu ihrer Entlastung dienende dem Richter vorzutragen, und ferner dadurch, daß der Justizminister in bereitwilligster Weise die Landesjustizverwaltungen anweisen will, die neue Wuchergesetzgebung gegenüber dem Gastwirtsgewerbe nach Möglichkeit und in besonderem Falle milde zu handhaben. Vor allem soll von dem Begnadigungsrecht der Landesjustizverwaltungen zur Umwandlung von Freiheits- in Geldstrafen, sowie von einer entsprechenden Strafaufschubgewährung in leichten Fällen weitgehender Gebrauch gemacht werden. Darüber hinaus ist es aber für die Reichsregierung eine Unmöglichkeit, im Rahmen der Zwangswirtschaft den Gastwirten eine Sonderrechtsstellung zuzubilligen.

Wie wir ferner erfahren, richtet sich die Stadt Berlin bei längerem Andauern des Streiks darauf ein, die Verpflegung der auf die Gasthausstätten angewiesenen Bevölkerungsteile durch die öffentlichen Speiseanstalten (Volksküchen, Mittelstandsküchen usw.) durchführen zu lassen. Für die ersten Tage ist allerdings ein Massenandrang zu erwarten. Wie weit die Organisation der Volksküchen und der anderen öffentlichen Speiseanstalten diesem Massenansturm gewachsen sein wird, bleibt abzuwarten.

•

Keine Lokalsperre in Potsdam.

Die Potsdamer Hotel- und Gastwirtschaften hatten gestern und heute wie gewöhnlich ihre Betriebe geöffnet, da sie sich an der Berliner Protestaktion gegen das neue Wucher- und Fleischhandelsgesetz nicht beteiligen. Es ist daher ein großer Zustrom von Gästen zu erwarten, die in Potsdam über die große Schwierigkeit der Berliner Sperrtage hinwegzukommen hoffen. Wenn auch Potsdam auf Fremdenverkehr und Zuspruch von auswärts fast immer eingerichtet ist, so ist es doch keineswegs so vorbereitet, daß es den Ansprüchen zahlreicher vorübergehender Gäste genügen könnte, da die Speisebetriebe keine besondere Versorgung genießen wie in Berlin. Immerhin bleibt den Ansässigen und Tischgästen in Potsdam die Kalamität der Lokalsperre erspart.

Die Städte gegen die Erhöhung der Brotpreise.

In der Sitzung des Aufsichtsrats der Reichsgetreidestelle haben die Vertreter der Städte mit größtem Nachdruck Einspruch dagegen erhoben, daß der Reichsrat die Einführung der Lieferungsprämien und die Erhöhung der Brotpreise beschlossen hat, ohne den Aufsichtsrat, dem nach der Reichsgetreideordnung ein Mitwirkungsrecht zusteht, auch nur zu fragen. Nicht minder nachdrückliche Verwahrung erhoben sie dagegen, daß die Lasten dieser neuen Maßregel wiederum ausschließlich auf die Schultern der Verbraucher gelegt werden und daß sogar die Verbilligung, welche das Reich dem Brotpreise bisher hat zuteil werden lassen, bei dieser Gelegenheit in Wegfall gebracht werden soll. Es wurde auf Antrag der Städte beschlossen, vom Reiche das volle Eintreten für die Kosten der Lieferungsprämien einschließlich des bisherigen Zuschusses zu verlangen. Einen von schwerindustrieller Seite gestellten Antrag auf Abbau der Zwangswirtschaft unter Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise traten die Vertreter der Verbraucher auf das schärfste entgegen. Es wurde beschlossen, die Regierung um eine Aussprache in weiterem Kreise über die künftige Gestaltung der Ernährungspolitik zu ersuchen.

Um die Zukunft der Staatswerkstätten.

Vertreter der Angestellten und Arbeiter der Staatswerkstätten im Reiche halten gegenwärtig in Berlin eine Konferenz ab, die Maßnahmen für die Umstellung der Staatsbetriebe berät. Es handelt sich um die bekannten Meinungsverschiedenheiten über die gegenwärtige Verwaltung der Staatsbetriebe. Hinsichtlich der Spandauer Werkstätten sind diese Meinungsverschiedenheiten schon öfter Gegenstand öffentlicher Erörterung gewesen.

Die Angestellten und Arbeiter sind der Ueberzeugung, daß die Werkstätten unter der Leitung der jetzigen Hauptverwaltung nie das werden können, was sie sein sollen: Musterbetriebe, die mit der Sozialisierung Ernst machen. Die Tätigkeit der Hauptverwaltung sei vielmehr geeignet, den wirtschaftlichen Erfolg der Werke zu verhindern, was zur Folge haben müsse, daß die Werkstätten stillgelegt und schließlich der Privatindustrie ausgeliefert werden.

Diese Auffassung wurde in der gestrigen Sitzung der Konferenz an der Hand von Einzelfällen aus verschiedenen Betrieben vertreten. Der Sachverständige Dittmar, der im Auftrage des Reichsschatzministers die Verhältnisse in den Spandauer Betrieben untersucht hat, sagte, für eine rentable Friedensproduktion der Spandauer Betriebe seien alle Vorbedingungen gegeben, aber unter der jetzigen Verwaltung, die schon viel verdorben habe, sei an die Durchführung einer rentablen Wirtschaft nicht zu denken. Die Spandauer Werke kosten unserem armen Volk jetzt eine Million Mark wöchentlich. Es sei die höchste Zeit, daß endlich etwas geschehe, um die Werke dem Besitz der Allgemeinheit zu erhalten. Wenn die Spandauer Arbeiter energisch, aber maßvoll vorgehen, dann könnten die Werke jetzt noch gerettet werden. Bleiben die Arbeiter aber passiv, dann gehen die Werke verloren.

Redner aus verschiedenen Staatsbetrieben des Reiches betonten, daß es nicht an den Arbeitern, sondern an der Mißwirtschaft der Verwaltungen liege, wenn sich die Betriebe nicht rentieren. Man dürfe sich nicht wundern, wenn bei solcher Mißwirtschaft die Arbeitsfreudigkeit schwinde.

Die Leitung der Konferenz hat sich sowohl vor ihrer Einberufung, als auch gestern, am ersten Sitzungstage, vergebens bemüht, die Hauptverwaltung und das Reichsschatzministerium zur Beteiligung an der Konferenz zu bewegen. Beide Instanzen sind nicht vertreten. Für heute wird die Teilnahme des parlamentarischen Ausschusses erwartet.

Gegen Lebensmittelverteuerung und Steuerungerechtigkeit.

Eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene, massenhaft besuchte Versammlung tagte am Donnerstag abend in den Kammersälen. Der erste Referent Karl Bauer wandte sich mit Entschiedenheit gegen die drohende Verteuerung des täglichen Brotes und kritisierte die Lebensmittelpolitik der Regierung, die, wenn nicht andere Wege eingeschlagen werden, in Deutschland eine Katastrophe herbeiführen werde, wie sie jetzt in Oesterreich herrscht.

Der zweite Referent Fritz Schmidt übte scharfe Kritik an der Steuerpolitik, die selbst die für den Lebensunterhalt nicht ausreichenden Einkommen schwer belastet, während die hohen Einkommen viel zu schonend behandelt werden. Die Regierung habe sich unfähig gezeigt, die verschobenen Wuchergewinne zu erfassen, aber die Steuern der Angestellten und Arbeiter sollen durch die Unternehmer zwangsweise vom Lohn abgezogen werden. Gegen eine solche Politik, die den Kapitalismus stärke und die Arbeitnehmer bedrücke, müßten sich diese wie ein Mann erheben. Wenn die Regierungspolitik nicht andere Wege einschlage, würden die Arbeiter und Angestellten zum Kampf aufgerufen werden. (Stürmischer Beifall.)

In demselben Sinne sprachen die Diskussionsredner.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die in den Kammersälen versammelten kaufmännischen und Bureauangestellten erheben den schärfsten Protest gegen die von der Regierung beabsichtigte Prämienzahlung an die Landwirtschaft. Die dadurch entstehende Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel würde unzweifelhaft neue Lohnkämpfe zur Folge haben. Die Versammelten erwarten vielmehr, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen trifft, um eventl. eine Herbeischaffung der Lebensmittel von den Landwirten zu erzwingen.

Desgleichen protestieren die Versammelten gegen die angekündigte Besteuerung des Einkommens. Soweit es sich um Einkommen aus dem Dienstverhältnis bis zu einem Betrage von Mark 5000,— handelt, erwarten die Versammelten Steuerfreiheit, da dieser Betrag unter den heutigen Verhältnissen dem früheren steuerfreien Betrage entspricht. Auf jeden Fall aber verwahren sich die Versammelten gegen die beabsichtigte Kürzung der Steuern vom Gehalt, weil sie hierin eine Verletzung ihrer persönlichen Freiheit erblicken, die ihnen unbedingt die Lust und Liebe zur Arbeit nehmen würde. Mit dieser Art der Steuereinziehung würden wiederum nur die zur Arbeit verpflichteten getroffen werden, während allen Anderen Gelegenheit zu Verschleierungen ihrer Vermögenslage gegeben sein würde.

Die Anwesenden beauftragten den Zentralverband der Angestellten, sich sofort mit allen freigewerkschaftlichen Organisationen in Verbindung zu setzen, um in obigem Sinne bei der Reichsregierung vorstellig zu werden."

„Soldat zweiter Klasse" — über den Tod hinaus!?

Ein Besucher des Garnisonfriedhofs in der Hasenheide teilt uns mit, daß er dort auf einem Soldatengrab einen Denkstein mit folgender Inschrift (die wir unter Weglassung der Namen und Daten wiedergeben) gesehen hat: „Soldat 2. Kl. R. . . . K. . . ., geb. . . ., gest. . . ." Wir verstehen seine Entrüstung und stimmen ihm bei in der Beurteilung dieser schmählichen Anprangerung eines Toten, der so noch an seiner letzten Ruhestätte öffentlich beschimpft wird. Da fehlt nur noch, daß man auch die Straftat in den Denkstein meißelt. Möglicherweise ist sie eine von denen, die jetzt nach dem Zusammenbruch des Militarismus mit anderem Maßstab als früher gemessen werden. Aber selbst, wenn der Mann Schlimmstes begangen haben sollte — über den Tod hinaus braucht man ihn nicht „Soldat 2. Klasse" zu brandmarken. Der Denkstein, den das Militärbanaut ihm gesetzt hat, ist ein Denkmal der Schande des Militarismus! Man stelle sich vor, daß vielleicht eine alte Mutter dieses Soldaten, daß seine Schwester, seine Braut oder Frau aus weiter Ferne hierher kommt, um sich einmal an seinem Grabe auszuweinen. Müssen sie nicht von der Brutalität einer solchen Inschrift tief ins Herz getroffen werden? Der „Soldat 2. Kl. R . . . K . . ." ist, wie wir bei eigenem Besuch des Friedhofes festgestellt haben, im Juni 1918 gestorben. Danach dürfen wir annehmen, daß der ihn beschimpfende Denkstein ihm noch vor dem 9. November 1918 gesetzt wurde. Wir erheben öffentlich die Forderung, daß nachträglich jene Brutalität ausgelöscht und der Denkstein durch einen anderen ersetzt wird.

Handel mit Ersatzlebensmitteln.

Der Verkehr mit Ersatzlebensmitteln wird durch die Verordnung über die Genehmigung von Ersatzlebensmitteln vom 7. März 1918 (Reichs-Gesetzblatt 1918, Seite 113) geregelt.

Für den Erwerb von Ersatzlebensmitteln bestehen bestimmte Vorschriften. Jeder Erwerber eines Ersatzmittels muß besonders seine Aufmerksamkeit richten auf: 1. daß eine Genehmigung für das Ersatzmittel vorliegt und 2. daß der Preis eingehalten wird. Ersatzmittel dürfen nur gegen Aushändigung einer Genehmigungsbescheinigung erworben werden. Es genügt aber, wenn z. B. die Rechnung die vorgeschriebenen Angaben aufweist. Auch bei fertigen Packungen erübrigt sich eine besondere Bescheinigung nur dann, wenn sich der Genehmigungsvermerk auf der Umhüllung usw. befindet.

Für Ersatzlebensmittel, die lose verabfolgt werden, besteht ein Kennzeichnungszwang insofern, als der Kleinhändler verpflichtet ist, durch deutlich sichtbaren Aushang in den Verkaufsräumen den Namen und Ort der Herstellungsfirma außer dem Verkaufspreis bekannt zu geben. Jeder Händler tut gut, Rechnungen und Bescheinigungen aller Art, zur Kontrolle aufzubewahren.

Die Revisionsabteilung der Ersatzmittelstelle Groß-Berlin und für die Provinz Brandenburg, Neue Friedrichstr. 9/10, ist bereit, Auskünfte jeder Art unentgeltlich zu erteilen. Besonders solche Gewerbetreibende, die Heeresdienst geleistet haben, müssen sich mit den gesetzlichen Bestimmungen, die während des Krieges und später erlassen worden sind, vollkommen vertraut machen. Zur einwandfreien Führung eines Geschäftes ist dies durchaus erforderlich.

Der Groß-Berliner Ausschuß der Landesversammlung beschloß, da eine große Menge von neuem Material den Ausschußmitgliedern zugegangen war, das sie noch nicht hatten studieren können, in die eigentlichen Beratungen erst am Montag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr, einzutreten und dann ununterbrochen bis zum Beginn der Plenarsitzungen d. h. bis zum 21. Januar 1920 zu tagen. Außerdem wurde der Wunsch an die Regierung gerichtet, noch weiteres Material, speziell über die Verwaltung von Groß-Berlin und über die steuerlichen Verhältnisse der Groß-Berliner Gemeinden dem Ausschuß zugängig zu machen. Auch wurde von den einzelnen Rednern die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, dem von allen Seiten festgestellten und beklagten Mißstande, daß einzelne Gemeinden Groß-Berlins jetzt vor der Vereinigung noch übereilte und unwirtschaftliche Ausgaben beschließen, dadurch abzuhelfen, daß die Regierung eine Art von Sperrgesetz gegen solche Gemeindebeschlüsse erläßt.

Heimarbeiterinnenlohn. Zu unserer in Nr. 617 veröffentlichten Betrachtung über das Los einer Heimarbeiterin werden wir um die Feststellung gebeten, daß durch den ab 1. Juli 1919 vereinbarten Tarif ein Lohn von mindestens 2,50 M. pro Jackett vorgeschrieben wurde. Die geschilderte, noch unter diesem Satz zurückbleibende Entlohnung dürften sich wohl nur Arbeiterinnen gefallen lassen, die nicht von einem Konfektionsgeschäft oder von einer Arbeitsstube beschäftigt werden, sondern von einer anderen Arbeiterin ihre Arbeit erhalten. Solche erst aus dritter Hand beschäftigte Heimarbeiterinnen stehen in der Regel auch jeder Organisation fern, so daß sie darüber im unklaren sind, welche Rechte und Ansprüche sie haben.

Katholischer Religionsunterricht muß erteilt werden. Die Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung und die Gemeindevertretungen einiger kleinerer Vororte haben vor einiger Zeit beschlossen, Beiträge der Gemeindeverwaltung für die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts nicht mehr zu bewilligen. Gegen diese Beschlüsse haben die katholischen Kirchengemeinden Einspruch erhoben und Beschwerde eingereicht. Der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat hierauf nun dem Lichtenberger Magistrat mitgeteilt, daß er auf dem Standpunkt stehe, daß nach den gesetzlichen Vorschriften der Religionsunterricht Bestandteil des Normalplanes der Schule sei und die religiöse Unterweisung der konfessionellen Minderheit sicher gestellt werden müsse. Da man den katholischen Geistlichen die besondere Erteilung des Unterrichts nicht zumuten könne, haben die Gemeinden die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Im Falle der weiteren Verweigerung werde das Gesetz auf Einleitung des Zwangsetatisierungsverfahrens angewendet werden. Die Deputation für die höheren Schulen in Lichtenberg und auch der Lichtenberger Magistrat haben daraufhin beschlossen, den katholischen Religionsunterricht in den Schulen in der bisherigen Weise stattfinden zu lassen und die Kosten dafür wieder zu übernehmen.

Die Erkner-Strecke wieder einmal Stiefkind. Der letzte Eisenbahnzug, der bisher 12.10 Uhr nachts von der Jannowitzbrücke nach Erkner fuhr, ist gestrichen worden, so daß die späteste Verbindung nur noch mit dem 11.40-Uhr-Zuge erfolgen kann. Begründet wird die Maßnahme mit der Herabsetzung der Polizeistunde. Daß Nachtschwärmern die Fahrtmöglichkeit genommen wird, ist nicht weiter zu bedauern. Wohl aber ist die Verfügung mit Rücksicht auf die zahlreichen nachts beschäftigten Arbeiter — wir erinnern nur an Zeitungsbetriebe — äußerst bekämpfenswert, da die Erknerstrecke schon vonseiten der Eisenbahndirektion am stiefmütterlichsten von allen Berliner Vorortstrecken behandelt wird. Sofortige Rückgängigmachung der Verfügung erscheint dringend geboten.

Die Weihnachtsferien. Die Schuldeputation hat beschlossen, die am 20. Dezember beginnenden Weihnachtsferien auf 4 Wochen auszudehnen. Der Beginn des Unterrichts wird bekanntgegeben.

Die Ausstellung guter und billiger Möbel, die auf Veranlassung der Kunstdeputation Schöneberg im Rathaus zu Schöneberg von der „Hausrat" Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. in Berlin veranstaltet wird, ist am kommenden Sonntag von 10—2 Uhr zur Besichtigung geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Feilbieten von Zeitungen an Sonn- und Festtagen. Das Polizeipräsidium teilt mit: Der Polizeipräsident von Berlin hat für den Ortspolizeibezirk Berlin das Feilbieten von Zeitungen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und anderen öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus an Sonn- und Festtagen während der für den stehenden Zeitungshandel freigegebenen Zeit gestattet.

Das Einkilopaket wird als Briefsendung gelten und ohne Begleitpapiere am Schalter abzuliefern sein. Kein Schadenersatz bei Verlust.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Für den 20. bis 23. Dez. auf C I und C II je eine Büchse Kondensmilch. Personen von 60 Jahren an erhalten einmalig ½ Pfund Hafernährmittel. Bezugsscheine ab Montag bei den Brotkommissionen. Verkauf der städtischen Gänse erst im Monat Januar.

Pankow. Bis 21. Dez. 50 Gramm Fischwurst. Ab Freitag gerupfte und ungerupfte Gänse. 12—13 M. pro Pfd. Ab heute 250 Gramm Hülsenfrüchte (103 und 104) 63 Pf.

Reinickendorf. 125 Gramm Reis (226).

Hermsdorf. 19. bis 31. Dez. 1 Päckchen Süßstoff (7). Für Gewerbetreibende Bezugsscheine für ein 2. Päckchen Süßstoff für Dezember im Lebensmittelbureau, Zimmer Nr. 6.

Soziales.

Internationales vom Bergbau.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung", Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, beantwortet die Frage, wo die kürzeste Bergarbeiterschicht ist, in einer Weise, die allgemeine Aufmerksamkeit verdient. Das Bergarbeiterblatt weist nach, daß nach einem Gesetz vom 28. Juli 1919 in Deutschösterreich die Grubenarbeiterschicht einschl. Ein- und Ausfahrt für den Bergbau vorgeschrieben ist. Kürzere Schichten sind gestattet vor besonders heißen und nassen Arbeitsplätzen. Die Schichtzeit kann durch Vereinbarung täglich bis zu zwei Stunden verlängert werden. Die achtstündige Bergarbeiterschicht einschl. Ein- und Ausfahrt und Pausen gilt auch in Böhmen, Galizien und Mährisch-Ostrau. Durch das Bergarbeitergesetz vom 24. Juli 1919 ist für Frankreich die achtstündige Grubenarbeiterschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und Pausen eingeführt. Im Falle einer Notlage kann der Minister für den Bergbau zeitweilig Schichtveränderungen anordnen. Die Tagearbeiter sind bei ihrer 8½- bis 10stündigen Schicht geblieben. In Belgien gilt für die Haner und Schlepper die 8stündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt und Pausen. In England hat das Gesetz vom 15. August bestimmt, daß die bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter innerhalb 24 Stunden nur 7 Stunden unter Tage bleiben dürfen. Die übrigen Untertagearbeiter dürfen nicht länger als 8 Stunden unter Tage beschäftigt werden. Wenn es eine allgemeine Notlage erforderlich macht, kann der König dieses Gesetz zeitweilig aufheben und längere Schichten anordnen. Das Gesetz spricht ferner aus, daß nach Ablauf des Jahres 1920 das gesetzgebende Parlament Beschluß zu fassen hat, ob im Jahre 1921 die 6- bezw. 7stündige Schicht für die Untertagsarbeiter Geltung haben soll. In Deutschland ist bekanntlich allgemein die 8-Stundenschicht nach der Revolution eingeführt worden in allen Gewerben und Industrien. Sodann haben die Gewerkschaften der Bergarbeiter durch Tarifvertrag eine Schichtverkürzung bis auf 7 und 7½ Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt erreicht. Vor besonders gesundheitsgefährlichen Arbeitsplätzen unter Tage wird die sechsstündige Schicht verfahren. Aus dieser Darlegung geht hervor, daß das republikanische Deutschland die kürzeste Bergarbeiterschicht bereits hat. Es ist nun die Pflicht der Nachbar- und Konkurrenzstaaten, Deutschland auf dem Wege der Schichtverkürzung nachzufolgen.

Erwerbslosenfürsorge für Saisonarbeiter.

Durch den eintretenden Frost werden voraussichtlich zahlreiche Saisonarbeiter, so vor allen Dingen Bau- und Erdarbeiter, erbeitslos werden. Die dadurch geschaffene wirtschaftliche Lage dieser Arbeitergruppen wird deshalb besonders schwierig, weil sie im allgemeinen unter den jetzigen Lebensverhältnissen auf Ersparnisse aus der Zeit ihrer sommerlichen Tätigkeit nicht zurückgreifen können. Dieser eintretenden mißlichen Lage Rechnung tragend vertritt das Reichsarbeitsministerium als oberste Behörde den Standpunkt, daß diesen beschäftigungslos gewordenen Saisonarbeitern die Erwerbslosenunterstützung dann gewährt werden kann, wenn die Umstände des Einzelfalles eine solche rechtfertigen. Als oberster Grundsatz muß dabei bestehen bleiben, daß die Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge anzusehen ist. Dies wird dann zutreffen, wenn die Saisonarbeiter unter normalen, wirtschaftlichen Verhältnissen während der Zeit der Betriebseinstellung regelmäßig in einem anderen Berufe Beschäftigung fanden, dies jedoch bei der im Augenblick herrschenden Arbeitslosigkeit nicht möglich ist.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Abt. 22. Dezember, 7 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Karl Wolff, Forster Str. 44.

16. Abt. Sonnabend, 4 Uhr, im Saale der 2. Handwerkerschule, Andreasstr. 1: Märchenabend. Karten zu 30 Pf. für Kinder und 50 Pf. für Erwachsene bei den Bezirksführern. Die Bezirksführer werden gebeten, die nicht verkauften Karten bis Freitag beim Gen. Wartmann zurückzugeben.

18. Abt. 20. Dezember, 8 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Thiedke, Littauer Str. 55. Erscheinen aller dringend erforderlich.

Charlottenburg. Die Parteigenossen, welche sich dem Gesangverein der S. P. D. noch anschließen wollen, werden gebeten, sich am Sonnabend bei Seelig, Grünstr. 9—10, um 7 Uhr, einzufinden.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Jugendheim, Rubensstraße, Ecke Hauptstraße, heute 7 Uhr Vortrag: „Zweck und Ziele der proletarischen Jugend". — **Wedding.** Jugendheim (Gesangsaal der 14. Realschule), Lüttcher Str. 38, heute 7 Uhr wissenschaftlicher Vortrag, Prof. Boehm. Am Sonntag und Dienstag bleibt das Heim geschlossen. Freitag, den 26. Dez. (2. Weihnachtstag), 5 Uhr, Weihnachtsfeier. — **Köpenick.** Weihnachtsfeier Sonnabend im Stadttheater, Friedrichstr. 6. Eintritt 1 M. Anfang 6 Uhr. — **Zentraljugendheim.** Lindenstr. 3, 2. Hof links 3 Treppen. Heute 7 Uhr Mädchenabend. Jugendgenossinnen, beteiligt Euch zahlreich daran. — **Charlottenburg.** Jugendheim, Volkshaus, Rosinenstr. 4 I. Heute Leseabend. — **Königswusterhausen.** Jugendheim, Lokal „Zur Mühle", Schloßstraße, heute 7 Uhr Vortrag: „Wert der Bildung". — **Lichtenberg.** Jugendheim, Parkaue 10, Ecke Möllendorffstraße, heute 7 Uhr Vortrag. — **Mahlsdorf.** Jugendheim, Schule Waldersee-Straße, heute 7 Uhr Diskussionsabend. — **Moabit.** Jugendheim, Gemeindeschule Turmstr. 75/80, Aufgang A Tür 8, heute 7 Uhr Vortrag: „Weihnachtssitten und Gebräuche". — **Nordost.** Jugendheim, Gemeindeschule Christburger Str. 14, Zimmer 14, heute 7 Uhr Brettspielabend. — **Osten.** Jugendheim, Jugendklubzimmer

der 253. Gemeindeschule Straßmannstr. 6, heute humoristischer Abend. — **Pankow.** Jugendheim, Zeichensaal der Knabenmittelschule, Wollankstr. 131, heute 8 Uhr Brettlspielabend. — **Rosenthal.** Jugendheim, Gemeindeschule Kastanienallee, heute 7 Uhr Turnen. — **Schönhauser Vorstadt.** Jugendheim, Jugendklubzimmer der 222/238. Gemeindeschule, Pappelallee 41/42, heute Vortrag: „Die deutsche Verfassung". — **Tempelhof.** Jugendheim, Lyzeum, Germaniastr. 6/7, Eingang Kaiserkorso, heute 7 Uhr Vortrag: „Heinrich Heine". — **Treptow-Baumschulenweg.** Jugendheim, Ellenstraße 3, rechts parterre, heute 7 Uhr Diskussionsabend. — **Weißensee.** Jugendheim, Woelckpromenade, heute ½8 Uhr Lichtbildervortrag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freier Wanderbund. Heute 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Heyse, Beuthstr. 13. Sonntag: Spandau (Hauptbahnhof)—Hennigsdorf—Stolpe. Abfahrt: Lehrter Fernbahnhof 7.15 früh. — **Arbeiter-Sängerbund.** Die Abonnements für die vier Festkonzerte, deren erstes am 28. Dezember, mittags 12 Uhr, in der alten Garnisonkirche stattfindet, müssen baldigst bei Sangesbruder Steffens, Langenbeckstr. 5, abgeholt werden. Ueber die bis zum 22. d. Mts. nicht abgeholten Abonnements wird anderweitig verfügt. — **Allgemeine Ortskrankenkasse Steglitz.** Wegen der Gasthaussperre Ausschußsitzung nicht Freitag, sondern Sonnabend, 7 Uhr, im „Hohenzollern", Steglitz, Mittelstr. 2. — **Märkische Vorträge.** Weihnachtliche Fontanefeier zu des Dichters 100. Geburtstage, Freitag, den 26. Dezember, abends 7½ Uhr, im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Prinz-Albrecht-Str. 8. Rezitationen, zum Teil mit Lichtbildern. Karten bei Wertheim, Bote u. Bock usw. und am Saaleingang.

Aus aller Welt.

U		S		P	
U	nermüdliche	S	chimpf	P	arole
	eberflüssig:		ozialdemokratisches		arteiprogramm
	nübertreffliche		albaderei		rediger
	nerwünscht:		icherheits		olizei
	nerläßliche		owjet		inke
	nerfüllbares		chwindel		rogramm
	eberaus		ofa		olitik

(Fortsetzung nach Belieben. [illegible] nur am Karfreitag.)

Raubmord. In Hirschberg in Schlesien wurde die Hausbesitzerin Liebig in ihrer inmitten der Stadt gelegenen Wohnung durch Axthiebe ermordet. Die Wohnung ist von dem Täter völlig durchwühlt worden, doch steht noch nicht fest, ob größere Beträge geraubt worden sind. Der Täter ist gesehen worden.

Ein exzellenter Butterschieber. In Bad Elster sind vor einiger Zeit große Butterschiebungen vorgekommen. 65 Zentner Butter, für staatliche Heilanstalten bestimmt, waren nach Bad Elster verschoben worden. Die sächsische Regierung erklärt, daß der Ministerialdirektor Heink an den Schiebungen nicht schuldlos, aber inzwischen aus dem Ministerium ausgeschieden sei. Die Sache geht also den Staatsanwalt direkt an, ohne daß erst ein Disziplinarverfahren nötig wäre.

Das Explosionsunglück bei Wilhelmshaven. Alle Erörterungen über die beklagenswerte Katastrophe im Fort Mariensiel sind, wie wir erfahren, verfrüht. Es sind sofort Untersuchungen an Ort und Stelle angeordnet. Die Nachricht, daß die Explosion beim Transport ihren Ausgang genommen hat, erscheint wahrscheinlich. Die Arbeiten der Firma, die das Zerlegen an Ort und Stelle vornahm, waren von der Genehmigung der zuständigen Marinedepotinspektion abhängig.

Wertzuwachs. Vor etwa 15 bis 20 Jahren prägte die russische Regierung Fünfrubel-Stücke aus Platin. Da das Platin wegen des damals gerade zunehmenden Verbrauches zu Schmuckstücken und in der Zahnheilkunde bald das Gold an Wert übertraf, wurde die Prägung der Platin-Fünfrubel aber nach kurzem eingestellt. Durch kaufmännische Verbindungen kam ein Wiener in den Besitz von zwölf dieser Münzen, die er lange aufbewahrte, schließlich aber doch mit Gewinn verkaufte. Besäße er sie heute noch, er könnte mit diesen zwölf Platinmünzen, die einen Nennwert von 60 Rubeln — nach dem jetzigen Kurs 92 Kronen — darstellen, ein ganzes Jahr lang in Saus und Braus leben! Jede Platinmünze wog 20 Gramm und hatte damals einen Wert von 12,70 K. Heute kostet ein Gramm Platin 150 M., die 20 Gramm schwere Münze hätte also einen Platinwert von 3000 M. oder 10 320 Kronen!

Geglückte Flucht. In Göteborg sind auf einem deutschen und einem französischen Dampfer fünf deutsche Kriegsgefangene eingetroffen. Sie werden aus Schweden ausgewiesen. (!)

Schlafkrankheit in Stockholm. In der letzten Zeit tritt in Stockholm epidemisch die Schlafkrankheit auf. Viele Fälle haben bereits tödlichen Ausgang genommen. Die Kranken sind meist jüngere Personen.

Sturm im Atlantik. Der furchtbare Sturm, der seit mehr als einer Woche im Norden des Ozeans wütet, hat die Kabel zerrissen und die Schiffahrt gestört. Im Hafen von New York werden mehr als hundert Schiffe erwartet, die Verspätungen von drei bis zehn Tagen haben. Fünfzehn dieser Schiffe sind mit ungefähr 20 000 Passagieren unterwegs.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3—5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4—7 Uhr.

W. H. 84. Das Muster ist mit einem Zellonlack überzogen; als Lösungsmittel kämen folgende Mittel in Frage: Amylazetat, Azeton und Essigäther; alle drei sehr teuer. — **R. 24. 98** und **O. K. M.** Nein. — **F. R. 100.** Geben Sie an, in welcher Gegend Sie sich niederlassen wollen. — **W. G. 73.** 1. Nein; wenn er sonst in der Lage ist, sein Amt auszufüllen. 2. Beschwerde bei der Post; hier erfolgt Ausdehnung pünktlich. — **Wette 100.** Um die Familienverhältnisse dieser Herrschaften kümmern wir uns nicht. — **Kalk 28.** Berl. Zeitschriften-Vertriebsges., Zimmerstr. 54; Ernst Globig, Kochstr. 5. — **Ludwig 15.** 1. Ja, wenn der verbliebene wöchentliche Verdienst 70 Proz. des Unterstützungsbetrages einer Woche nicht erreicht, aber nur in Höhe des fehlenden Betrages. 2. Nur auf Erfordern der Gemeinde. — **P. R.** Nein. — **P. G. 10.** Wenden Sie sich an den Demobilmachungsausschuß, Spandauer Str. 32. — **R. B.** 1. Anspruch der Erwerbslosenfürsorge besteht nur, wenn der Wochenarbeitsverdienst weniger als 70 Proz. des Unterstützungsbetrages beträgt. 2. Erwerbslosenfürsorgestelle. — **M. No. 93.** 1. Die Wahl ist richtig. 2. Nein. — **W. R. 60.** Wenden Sie sich an das dortige Landratsamt. — **A. R. 21.** 1. und 2. Ja. — **H. P. 9.** Ihre Anfrage ist in Nr. 632 des „Vorwärts" 1. Beilage beantwortet. — **W. J. M.** Ja. — **M. P. 45.** Georg Steinkopf, M. d. R., Reichstag, Berlin. — **F. S. 25.** 1. Alle Vorschulen sind zu Ostern aufgehoben. Anmeldung bei einer Gemeindeschule erforderlich. 2. Unentgeltlich. — **Spalte 45 M.** — **Elbing 38.** Vielleicht liegt im Hotel Esplanade, Am Pariser Platz, ein solches Adreßbuch aus, aus dem Sie Näheres ersehen können.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Weitere langsame Erwärmung, zeitweise etwas aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit öfters wiederholten, im Norden stellenweise starken, im Süden meist geringen Schnee- und Regenfällen.

JOSEPH BERGER & Co., Größtes Musikinstrumenten-Spezialhaus Groß-Berlins
166 Oranien-Straße 166
empfiehlt zum Weihnachtsfest: **Flügel, Pianos, Harmoniums** auch mit eingebauten Spielapparaten (ohne Notenkenntnisse sofort spielbar), neu u. gebraucht.
Eingespielte Violinen, Mandolinen, Celli, Gitarren, Lauten, sowie alle Streich- und Zupfinstrumente, Zithern mit Unterlegnoten, Konzertzithern, Bandonien, Hand- und Mundharmonikas, Noten für alle Instrumente in großer Auswahl, Saiten, Utensilien etc.

Bekanntmachung.
Der bevorstehenden Feiertage wegen fallen die Sitzungen der Kammern bei dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am Mittwoch, den 24., bis einschl. Sonnabend, den 27. Dezember 1919 aus. Desgleichen am Mittwoch, den 31. Dez. 1919. Die Geschäftsräume, Beschwerde- und Rechtsauskunftsstellen sind dagegen am 24. und 31. Dezember 1919 bis mittag 12 Uhr geöffnet. 1201 D
Schlichtungsausschuß Groß-Berlin. Dr. Heveker.

Bekanntmachung.
1. Als einmalige Sonderzuweisung erhalten alle in Berlin wohnenden Personen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, auf Grund eines besonderen Bezugsscheines
½ Pfund Hafernährmittel.
2. Die Sonderbezugsscheine sind vom Montag, den 22. Dezember 1919, ab gegen Vorlegung eines behördlichen Altersnachweises und gegen Quittungsleistung bei den zuständigen Brotkommissionen in Empfang zu nehmen.
3. Die Ausgabe der Ware erfolgt in den durch blaue Verkaufsschilder kenntlich gemachten Krankenkostverkaufsstellen.
4. Nicht abgeholte Ware verfällt mit Ende Januar 1920.
Berlin, den 18. Dezember 1919.
Magistrat. Abteilung für Nährmittel.
Tgb. Nr. 6160 N3.

Trauringe DUKATENGOLD 900
14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 29,75 an.
Verkauf direkt an Private!
Goldwaren-Fabrik **J. Weinstock** G. m. b. H.
Zentrale: Berlin, Mohrenstraße 16 am U.-Bahnhof Friedrichstraße.
Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke.
Kottbuser Damm 24.
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, Tauentzienstr. 4.
Schöneberg, Grunewaldstraße 15.
Kein Laden — geöffn. v. 9—6.

Platin! Zahngebisse Zahn bis 75 M.! Gold! Silber!
Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber!
Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Messing etc. Sämtliche Metalle zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unserer lieben Nichte und Cousine
Amalie Scholler
sagen wir allen Bekannten, besonders dem Personal der Firma H. S. Hermann, sowie den Mietern des Hauses Dresdener Straße 80 hiermit unseren herzlichsten Dank.
Familie Scholler. Familie Hoops. Familie Schmahl.

Bekanntmachung.
Allg. Ortskrankenkasse für Zehlendorf u. Umg., Zehlendorf-West.
Die Mitglieder des Ausschusses werden zu einer
ordentlichen Sitzung
am Freitag, den 2. Januar 1920, abends 6 Uhr, hierselbst, Hauptstraße 2, Restaurant „Fürstenhof" — Vereinszimmer — hierdurch ergebenst eingeladen. 280/11
Tagesordnung:
1. Wahl des Rechnungsausschusses zur Prüfung der Rechnung d. laufenden Jahres.
2. Feststellung des Voranschlages für 1920.
3. Nachbewilligung der bisher überschrittenen Positionen des laufenden Jahres.
4. Aenderung der Satzung, und
5. Aenderung d. Dienstordnung.
Zehlendorf, den 18. Dez. 1919.
Der Vorstand der allgem. Ortskrankenkasse für Zehlendorf und Umgegend. A. Richter.

Tischler-Verein zu Berlin.
Sonnabend, d. 17. Januar 1920, abends 7½ Uhr, im Restaurant von P. Prasser, Michaelkirchstr. 23a:
Generalversammlung
Tagesordnung: Jahresbericht für 1919. — Wahl von 3 Aufsichtsräten. — Abänderung des § 27 des 1. Nachtrages der Satzung. — Verschiedenes. 223/11
Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Nasenröte
unnatürl. Blutröte des Gesichts, Blutäderchen, Pickeln usw. beseitigt am sichersten „Marabia". Seit 20 Jahren mit wundervollen Erfolgen erprobt. Preis Mk. 6,—. Otto Reichel, Bln. 43 Eisenbahnstr. 4.

Platina, Gramm 126 M.
Ueberbringer höherer Angebote erhält Ueberpreise. Gold, Silber, Pl.-Zähne nicht unt. 7 M., alte Gebisse kauft Frau Linke, Blücherstraße 40, vorn II. Edelmetall-Handlung. Gegründet 1893. Früher Invalidenstraße.

Bäckerei-Genossenschaft „Volksbrot", G. m. b. H.
Berlin N., Fehmarnstr. 10.
Bilanz am 30. September 1919.

Aktiva.	
Warenbestände	1944,— M.
Utensilien der 6 Geschäfte	6,— "
Gas- und Stromkautionen	200,— "
Wechselkassen	200,— "
Vereinsanteilsschein	1,— "
Ber. Spar- u. Bauverein, Anteile	600,— "
Kassenbestand	2114,66 "
	5125,66 M.

Passiva.	
Geschäftsanteile	1545,— M.
Noch nicht erhobene Dividende der Vorjahre	456,— "
Kreditoren	508,84 "
Reservefonds I	1960,55 "
Reservefonds II	600,— "
Gewinn- u. Verlust-Konto	37,07 "
	5125,66 M.

Der Genossenschaft gehörten an am 1. Oktober 1918 142 Genossen mit 164 weiteren Anteilen; es wurden eingezahlt 7 weitere Anteile; es schied aus 1 Genosse mit 3 weiteren Anteilen. Demnach bleibt ein Bestand am 30. September 1919 von 141 Genoss. mit 168 Anteilen. Geschäftsanteil am 1. Oktober 1918 1530,— M.; es hat sich vermehrt um 35,— M., hat sich vermindert um 20,— M. und beträgt 1545,— M. Die Haftsumme beträgt am 1. Oktober 1919 1545,— M.
Der Vorstand. [151/14 Otto Korn. Beuster. Reinsch.

Seeligs Möbelhaus nur Elsasser Straße 8
Speichereien im Fabrik-Gebäude. Ständige Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Wohnungs-Einrichtungen, von d. einfachsten bis zu den vornehmsten. Herren-, Speise- und Schlafzimmer besonders preiswert. Bunte Küchen von M. 175,— an. Spezialität: Kleiderschränke, Vertikows, Bettstellen, staunend billig. Verkaufszeit von 9—7 Uhr. Der weiteste Weg macht sich bezahlt.

Damenpelzkragen
42 M. Rotfuchskragen 120 M. Entzückende Kreuzfuchskragen sehr preiswert. Pelzfutter 90 M. Herrenpelzkragen 45 M. verkauft solange Vorrat
Pelzwarenhaus Rosenthaler Straße 40/41 und Invalidenstraße 1, Ecke Brunnenstraße.

Wie ein Wunder beseitigt San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** jed. Hautausschl., Flechte, Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl.; in Originaldosen à 2.25, 4.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Frische **Räucherfische** (versch. Arten) in Postpaket, 9 Pfd. Inh. einschl. Porto u. Verpackg. Mk. 34.— per Nachnahme u. Eilboten. Wilh. Gäde, Cuxhaven, Neue Reihe Nr. 19, part.

Absolut sicher beseitigt Störungen bei Frauen das ges. geschützte 24/11 „Eklampsin". Nur 10 Mk. franko Nachnahme. Institut José, Charlottenburg 5a.

Blei! Zinn! Weißmetall! alle Legierungen, jede Menge, zu höchsten Tagespreisen kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alex. 4349).

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 16. Tel.: Lützow 3705 und 8818.

Echte **Piassava-Besen**

sowie ander. Bürstenw. b. der Bürsten-Industrie **R. Simon,** Lindenst. 168

Ankauf von Platin auch Zähne **Gold u. Silber** in jeder Form und Menge für hohen Preis
J. Weinstock G. m. b. H. Goldwarenfabrik, Mohrenstraße 16 a, U.-Bhf. Friedrichstr. Kottbuser Damm 24. Alexanderstr. 14a. Charl., Stuttgart. Pl. 5. Tauentzienstr. 4. Schöneb., Grunewaldstr. 15.
Geöffnet v. 9 bis 6 Uhr. Achtung! Kein Laden.

Yohimbin-Lecithin
Auf wissensch. Grundlage aufgebautes Kräftigungsmittel. 30 60 125 Portionen. 12.— 22.— 40.— Verlangen Sie Gratisbroschüre. Versand durch Apotheker Maaß, Hannover 13.

Ausgekämmtes Haar, jed. Quant., kauft z. Höchstpreis. Haarhandlg. Rosenthal, Alte Schönhauser Str. 59.

Rauchtabak garantiert rein überseeisch, zu billigsten Tagespreisen bei: **J. Tuchmann,** Tabakgroßhandlg., Charlottbg., Pestalozzistr. 102. Alleinverkauf der bek. englischen Zigarettenfabriken „Stalalin".

Platin Gr. 126 M. Pl. Zähne nicht unter 7 M. Alte Gebisse bis 4000 M. Gold, Silber kauft Frau Knuth, Zionskirchstr. 54, II 152/11c*

Vertrauenssache Auskunft vorkommenden Fällen. Erfahrene Hebamme Witwe Giebe, Berlin, Martin-Luther-Straße 8, Ecke Hohenstaufenstr.

Pianos gegen bar und auf Teilzahlung. Pianohandlg., Berlin, Göbenstr. 10, pt.

Dr. Grütering Spezialarzt. Invalidenstraße 35 Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof. 10—1, ½5—½7, Sonnt. 11—12.

Zigaretten Zigarren Zigarillos in großer Auswahl. Uebersee-Rauchtabak. Lagerbesuch sehr lohnend Nur Kantinen u. Gastwirt. M. Dessen, Berlin, Alexanderplatz 2, 1 Tr. am Untergrundbahnhof.

Auf Teilzahlung! Wanduhren, Zithers, Spieldosen, Hand-Harmonikas, Geigen etc.

Grammophone Jahre & König, Warschauer Straße 68.

Platina, Gr. 126 M. Gold, Silber, Zahngebisse, Platin-Zähne nicht unter 7 M. kauft E. Hausdorf, Belle-Alliance-Straße 11, vorn II. 149/15c*

Hebamme. Vertrauenssache Auskunft. Preuß. Brunnenstr. 70.

Film-Palast Kammersäle Belle-Alliancestr. 3 Ecke Teltower Str.
Uraufführung Der Teufel und die Madonna
Hauptrollen: Magnus Stifter Gertrude Welcker.
Ferner: **Der lustige Ehemann** Lustspiel in 3 Akten.
Wochentags: 7 Uhr Sonntags: 4 Uhr Kassenöffnung: Eine Stunde vor Beginn.

Vor Verkauf von **Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)** anrufen, zahle konkurrenzlose Preise **Metallkontor,** Alte Jakobstraße 133 Hallesches Tor. Moritzpl. 1283

Zigaretten aus rein orientalisch. hellen Tabak v. 220 M. p. 1000 Stück an. **Dicke Türken 1000 Stck. M. 360.** Lagerbesuch lohnend! **M. Guttmann,** Berlin O 27, Alexanderstr. 22, 9—5 Uhr. Aufgang I.

Ungeahnte Erwerbs-Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, eine gewaltige Umwälzung unserer Industrie und des Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe und Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an dem wirtschaftlichen Umschwung, der naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein muß. Das beste Mittel rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „System Karnack-Hachfeld". Ausführliche 56 Seiten starke Broschüre kostenlos. Bonneß & Hachfeld, Potsdam. Postfach 167.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach pers. z. sprechen Potsdamer Str. 113 (Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Ermittelungen — Beobachtungen. Tel. Lützow 2004.

Spezialarzt Dr. med. Coleman Sprechstunden 9—1, 5—7½, Sonntags 9—1. **Friedrichstraße 81/92** Ecke Dorotheenstraße. Teilzahlung gestattet.

Opernhaus.
Klein-Idas Blumen.
Susannens Geheimnis.
Silhouetten.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Wilhelm Tell.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½: Jaakobs Traum.
Sonn. 7: Und Pippa tanzt.
Kammerspiele.
Zum 300. Male:
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora
Sonnabend 7: Advent.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Orestie (16. Abt. 1. Abd.)
Sonn. 2½: Orestie (auß. Ab.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße
7 Uhr: Ein Traumspiel
Sonnab.: Schloß Wetterstein
Sonntag Nachm.: Musik. (Klara: Maria Orska.)
Abends: Schloß Wetterstein
Mont.: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
7½: Liselott v. d. Pfalz
Sonnabend: Sie.
Stg. Nm.: Liselott v. d. Pfalz
Abends: Sie.
Montag: Sie.

Berliner Theater
7.15 U.: Bummel-Studenten

Central-Theater
7½ Uhr: Die Faschingsfee.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Hänsel und Gretel.
Die Tribüne
7½ Uhr: „Die Wandlung."
Eden-Theater
7½ U.: „U. A. w. g."
Sonnt. 3: Der Regimentspapa.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
7½ U.: Die unberührte Frau
Kl. Schauspielhaus.
7½: Albine und Aujust
oder: Freut Euch d. Lebens
Komische Oper
Heute geschlossen.
Sonnab. 7. z. 1. Male: Dichterliebe
Stg. 3½: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7½ Uhr: Der Großstadt-Kavalier
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Sonntag 3 U.: Charleys Tante mit Thielscher
Neues Operettenhaus.
7½ U.: Die Dame vom Zirkus.
Stg. 3½: Die keusche Susanne.
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: Verschwörung des Fiesco
Thalia-Theater
7½ U.: Die närrische Liebe.
Th. am Nollendorfplatz
3½: Die Waise aus Lowood.
7½ Uhr:
Der Fliegenfleck[?]
Theater des Westens
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonnt. 3½: Die lustige Witwe.
Theater d. Friedrichstadt
7½ Uhr: Die Rutschbahn.
Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3½: Geisha m. Mia Werber

Residenz - Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Max und Moritz.
Täglich ½8 Uhr:
Evchen Humbrecht.
Sonnab. 4: Hänsel und Gretel.
Sonnt. 4: Der Lebensschüler.

Trianon-Theater.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
Täglich ½8 Uhr:
Maskerade.
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Die im Schatten leben.

Casino - Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. 7½ U.
Schniepels Lene
Berliner Volksstück i. 3 Akt.
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Viktor Litzek i. d. Op.-Sketch „Erwischt."
Stg. 3½: Ein sauberes Kleeblatt

METROPOL KABARETT
BEHRENSTR. 53-54

Volksbühne Theater a. Bülowpl.
7½ Uhr: Predigt in Litauen.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: Peer Gynt.
Sonnabend und Sonntag 7½: Pygmalion.
Montag 7½: Pygmalion.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: Cyprienne.
(Konstantin, Götz, Walter.)

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Am goldenen Horn.

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Karlstr., Schiffbauerdamm.
Paul Graetz
Charlotte Dorree
Blandine Ebinger
Lala Herdmenger
Hans Junkermann
G. v. Wangenheim
H. H. v. Twardowski
Friedr. Hollaender
Klabund
Eröffnung 7½, Beginn 8½ U.

Apollo-Theater
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7½ Sonnt. 3½ u. 7½
Dezember 1919
Unübertreffliches Varieté-Programm
U. a.:
Lo Kittay
der weltberühmte Gedankenüberträger, macht jed. Menschen willenlos. Zum 1. Male a. ein. Varietébühne
Gadbins Todessprung
aus der V. Etage
4 Rougbys
Fliegende Akrobaten
12 Varieté-Sensation.
Stg. 3½ i. Erw. 1 K. fr.

Passage-Theater
Unter d. Linden 22/23
Dir. M. Soliman.
Auf vielseitigen Wunsch und der großen Nachfrage wegen sehe ich mich zu einer Verlängerung des Films veranlaßt.
Das Recht der freien Liebe.
Aufsehenerregend. Drama in 7 Akten.
Hauptrolle:
Magnus Stifter
Käte Richter
Pietro Scholz.
Karlchen wird eingeseift.
Lustspiel in einem Akt.
Hauptrolle:
Karlchen Piagge.

Circus Busch
Tgl. 7½ Uhr | Jetzt auch wieder | Freitag und Dienstag
Das gr. Circus-Progr.!
Zum Schluß:
Tragikom. Pantom. Aphrodite

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jed. Abend 7½ Uhr:

Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nachm. 3 Uhr ermäß. Preise voll. Abend-Programm
1 Kind frei!
Rauchen gestattet.
[illegible]-Konzert. Beg. 7.15 Uhr.
Vorverkf. 11–1½ u. 4–6 Uhr
Gr. Weihnachts-Programm!

Winter-Garten
7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

B T L
Potsdamer Str. 38
Madame Dubarry
Turmstr. 12
Alexanderplatz-Passage
Friedenau, Rheinstr. 14.
Lillis Ehe

Christbaumkerzen
engros und detail. Prachat, SO 16, Köpenicker Str. 68.

Sortimentsbuchhandlung Vorwärts Lindenstraße 2
Sonntag, den 21. Dezember von 1 bis 6 Uhr geöffnet.

Großes Schauspielhaus
Zweiter Weihnachtsfeiertag 2½ Uhr
Einmalige Nachmittags-Vorstellung
außer Abonnement
Die Orestie
Regie: Max Reinhardt.
Hauptrollen: Alexander Moissi, Auguste Pünkösdy, Hans Brockmann, Lina Rosen, Margarethe Christians, Paul Lange, Ferd. Gregori, Walter Redlich, Josef Klein
Preise der Plätze M. 2 bis 10. Billetts: Theaterk. A. Wertheim u. i. Invalidendank

H. T. Humboldt-Theater, H. T.
Badstr. 19. Lichtspiele Badstr. 19.
Hannemann, ach Hannemann, fang' bloß nischt mit die Mädels an,
Filmoperette in 5 Akten. Text und Musik von Richard Jäger, unter Mitwirkung von 12 Sängern und Sängerinnen. Verstärktes Theaterorchester. Dirigent der Komponist u. Verfasser: Richard Jäger. Hauptdarsteller: Molly Wessely, Maria Lux, Hennry Bender, Eugen Rex.

Die neue sozialistische Zeitschrift
„DER FIRN"
Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben.
Erscheint halbmonatlich
Inhalt des erschienenen 6. Heftes: Hase und Swinegel (Unabhängiger Parteitag). Arno Franke, Das Buch Kautsky. K. E. Wolfsdorf, Eine Fürstenfronde gegen den Kriegs-Reichstag. Fritz Naphtali, Das Betriebsrätegesetz. Dr. John Schikowski, Max Klinger. Fritz Mielert, Das Betriebsrätegesetz. Ferner: „Blicke vom Firn", „Die Zeitungspost" und „Neue Bücher".
Vierteljährlich (6 Hefte) 5,50 Mk.
Einzelheft 1,— Mk. — Probenummer kostenlos.
Parteiorganisationen erhalten „Der Firn" als Vereins-Ausgabe erheblich billiger.
„Der Firn" Verlag, Berlin-Halensee

Sport-Palast
Potsdamerstr. 72 • Hochbahn Bülowstr.
Das größte Kino der Welt
Die Not. Kinder der Straße.
Haß, Liebe, Geld.
Edith Meller.

Bevorzugte Gaststätten Berlins sind die
Tonndorf-Betriebe
Gb. Arno Tonndorf
Linden-Restaurant
Unter den Linden 44 und Friedrichstraße 67
Vornehmes Wein- und Bier-Restaurant
Gepflegte echte Biere
Spezialität: Pilsner Urquell
Gesellschaftszimmer
Mittag- u. Abendmusik: Kapelle Michalek.
Tonndorf
Unter den Linden 56
Kaffee - Diele - Bar
Abends Wein-Restaurant!
Nachm.- u. Abend-Konzerte
Kapellen Uschmann, Wagner
Eigene Wiener Bäckerei!
Kaffee-Zubereitung nach Karlsbader Art.
Allseitig gerühmte Verpflegung.

Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.
Höchste Preise über Tageskurs
zahlt für
Platin-
Tiegel : Schalen : Brennstifte : Zahnstifte
Schmucksachen : Blitzableiterspitzen
Gold-
Barren : Münzen : Schmuck : Zahngold : Bruchgold
Silber-
Barren : Münzen : Abfälle : Bestecke : Löffel
Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903
Metallkontor
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 133, Hallesch. Tor
Telephon Moritzplatz 12858
Telegramm-Adresse: Metallkontor Berlin SW 68.
Eigene Schmelze — Direkte Verwertung.
Metallkontor Berlin SW 68 — Telephon Moritzplatz 12858

UFA THEATER UFA
Wochentags 7 und 8¾ Uhr
Sonntags 4, 6 und 8 Uhr
Kammerlichtspiele
3. Woche!
Tötet nicht mehr
(Misericordia)
Regie: Lupu Pick
in den Hauptrollen: Johannes Riemann / Edith Posca / Lupu Pick

Der grosse May-Film **Die Herrin der Welt**
In der Titelrolle: **MIA MAY**
Künstlerische Oberleitung: Joe May
Nollendorfplatz, Friedrichstr. 180, Alexanderplatz, Weinbergsweg 16
1. Teil: Die Freundin des gelben Mannes
Männliche Hauptrolle: Michael Bohnen
Kurfürstendamm 26 — Vorverkauf 12 bis 1 Uhr
2. Teil: Die Geschichte der Maud Gregaards
Männliche Hauptrolle: Hans Mierendorff
Ufa-Lichtspiele Tauentzienpalast
3. Teil: Der Rabbi von Kuan-Fu
Männliche Hauptrolle: Michael Bohnen

4. Woche! Mozartsaal, U.T. Schöneberg, Hasenheide 25
Henny Porten
im Lustspiel **Die Fahrt ins Blaue**
Regie: Rudolf Biebrach

Möbel
neuzeitlich geschmackvoll gediegen preiswert
NICOLAUS Pindo
Hackesche Markt dicht am Bahnhof Börse

Hocfeine
Goldine Remontoir Uhr

vorzügl. gehend, in äußerst gediegener Ausführung, großes Format, mit Sprungdeckel, reich guillochiert, vollkomm. Ersatz für echte goldene Uhren, auf guten Gang geprüft, sowie Vorrat M. 50.—, dieselbe mit Schweizer Werk . 85.—
In größter Auswahl: Echt silberne und 14 K. goldene Herren-Uhren, Kavalier-Uhren, Tula-Uhren, Armband-Uhren, Damen-Uhren, Leuchtuhren etc. gut gehend — genau reguliert
E. Möbis. 14 Beuthstr. 14 (a. Spittelm.)
Kein Versand. Verkauf nur im Laden.

Zigarren
garant. rein Uebersee von 600 Mk. an.
Präsentkistchen
25 Stück von 20 M. an
Goldflake — Oro
Dicke Türken
sowie deutsche Marken.
Nordhäuser
Kautabak i. Roll. u. Stang. jeden Posten abzugeben
Zigarren-Haus
Gebr. Schanzer,
Friedrichstr. 243 (Hall. Tor)
Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

Admirals-Palast.
Allabendlich 8 Uhr:
Die lustige Puppe

Gute **Antiquitäten**
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 19 A.

Reichshall.-Theater

Abends 7½, Sonntags und Feiertags nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Weihnachts-Pr.

Residenz-Kasino und Blumen-Diele
Blumenstraße 10
Täglich:
Ball- u. Tanz-Vorführungen
Anfang 7 Uhr.

Nur allein
Kunstspiel-Pianos und Flügel
Virtuola
ermöglichen gleichzeitige Wiedergabe der Stücke nach Auffassung d. Künstlers u. Selbstnüancierung
Römhildt A.-G., Leipziger Straße 119–120, I. Stock.

Speziell Gelegenheitskäufe
in Brillanten, goldenen Herren- u. Damenuhren, Schmucksachen
Fugenlose Trauringe
(Jede Preislage! — Eigene Fabrikation!)
KOKOSKI, Berlin, Brunnenstraße 168

Gegründet 1876.
Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume. Lagerraum 6996 □ Mt. gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang.
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.
Wochentags von 8½–7 Uhr geöffnet.

Möbel auf Kredit!
und gegen bar
Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer
moderne Küchen- sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingung. liefert
Grebler
G. m. b. H.,
Weinbergsweg 4.

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schliebing
Berlin W 9, Linkstr. 16.
Tel. Lützow 3708 und 4518.

Zigaretten
Vor Mille von M. 120,— an
Zigarren 100 Stück Mark 70,— an
Kautabak (prima Qualität)
Rauchtabak (rein Uebersee)
Beste Bezugsquelle f. Gastwirte
L. Manheimer, Berlin,
Bergmannstr. 1 (a. Kreuzberg).

Kupfer,
Messing, Zinn, Zink, Blei (auch alte Kupf. usw.) u. Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Kottbuser Damm 66.
Amt Moritzplatz 13580.

Stellenangebote

Eisenblech-Klempner,
die nach Zeichnungen die verschiedensten Arbeiten ausführen können, werden für baldigsten Antritt von einer elektrischen Werkstatt in Norwegen gesucht. — Bewerber werden ersucht, Zeugnisabschriften mit Angabe vorheriger Tätigkeit einzusenden an
Berg-Hanssens Elektriske Verksted,
Porsgrund, Norwegen. 24/18

Tüchtiger Elektriker,
der mit den verschiedensten Arbeiten der Koch- und Heizapparate vertraut ist, wird für baldigsten Antritt von einer elektrischen Werkstätte in Norwegen gesucht. — Bewerber werden ersucht, Zeugnisabschriften mit Angabe bisheriger Tätigkeit einzusenden an
Berg-Hanssens Elektriske Verksted,
Porsgrund, Norwegen. 24/16

Geübte **Kartonnagen-Arbeiterinnen**
für Hand- u. Maschinenschachteln
geübte Prägerinnen
für Kappenschachteln an den Friktionspressen
sucht 1260D
Pappen- und Papierverarbeitungs-Ges. Pa-Pa-Ge.
Berlin-Pankow, Hadlichstr. 20.

Reisende
sucht Zigarettenlager
Bergmannstr. 1.

Zwei Radialbohrwerks-Bohrer
die selbständig und nach Zeichnung arbeiten, sucht für sofort „Maschinen für Massenverpackung" G. m. b. H.
Gneisenaustr. 67. 1289D

Bandsägenschneider
sucht, für Brennholz [illegible], Friedländer & Co., Kohlenempr.
Invalidenstraße 50/51
(Hamburg [illegible]). 5605

Gewissenhafter, ehrlicher **Fabrikzimmermann**
für dauernde Arbeit gesucht.
Gefl. Offert. unter Dr. R. 2621 Rud. Mosse, Rosenth. St. 48.

Erfahrener Einrichter
für Exzenter-, Zieh- und Friktionspressen, zu sofortigem Eintritt gesucht. 1264D
Vorstellung von 9–3 Uhr.
Dr. Georg Seibt,
Fabrik elektrischer und mechanischer Apparate, Betriebsbureau Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 9, II. Hof, 3 Treppen.

Klempner
für Kühler sofort gesucht.
Norddeutsche Kühlerfabrik G. m. b. H. 1267D
Tempelhof, Oberlandstraße, Ecke Germaniastraße.

Eisen- und Metallbranche.
Fräulein, selbständig, erfahren im Verkehr mit Berliner Lieferanten, Drehereien, Gürtlereien für Bestellwesen und Abnahme in gut bezahlte, zukunftsreiche Stellung gesucht; nur Meldungen erster Kräfte unter N. 43 an die Hauptexped. des „Vorwärts". 1266D

Stellengesuche

Koksasche-Plattenwände
Tüchtiger Gießer, welcher auch die nötig Fabrikation obg. Platten einrichten kann, sucht Stellung, auch außerhalb. Angebote unter L. 43 Hauptexped. des Vorwärts. 56b

Tüchtige Reinemachefrauen,
Waschfrauen, Aufwärterinnen und Mobiliarmädchen im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin.
Eichhornstr. 1 (Lützow 8733),
Jägerstr. 11 (Zentrum 6096),
Beusselstr. 1 (Moabit 9134),
Belle-Alliance-Platz 3 (Moritzplatz 1469),
Koppenstr. 1 (Alexander 1290)
Germaniastr. 13 (Rhn. 3735).
Geöffnet 8–7 Uhr.

Oberschlesier, seid wachsam!

Das Gerücht, wonach die Entente an der Erhaltung Oberschlesiens in seiner heutigen Wirtschaftsblüte ein so großes Interesse habe, daß sie es nicht der Gefahr eines Ruins unter polnischer Herrschaft aussetzen wolle, ist unbestätigt. Daß die Entente, besonders die englisch-amerikanischen Kapitalisten, mit Besorgnis einer unter polnischer Herrschaft mit Sicherheit zu erwarteten Minderung der oberschlesischen und somit auch der schon an sich schwer bedrohten internationalen Produktion entgegensehen, ist allgemein bekannt. Politische Folgerungen sind aber aus dieser Erkenntnis noch nicht gezogen worden, sodaß jedes Nachlassen in der Arbeit für die Volksabstimmung eine schwere Gefährdung der Heimat und damit der gesamten deutschen Wirtschaftskraft bedeuten würde.

Hasso v. Tyszka.

Mit reichlicher Verspätung hat die „Freiheit" über den Prozeß berichtet, in dem Hasso v. Tyszka wegen seiner dürftig verkleideten Diebstähle zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden ist. Dafür hat die „Freiheit" aber im Sperrdruck hervorgehoben, daß Tyszka im Ledebourprozeß nicht habe als Zeuge erscheinen können, weil man ihn mit Verhaftung bedrohte, aber jetzt vor Gericht als Angeklagter seine Angaben über die „Mörderzentrale" aufrechterhalten habe. So habe Hasso v. Tyszka angegeben, daß er binnen kurzer Zeit von Leutnant Fischer 26 000 M. erhalten habe und daß er und seine Kumpane die Führer der Aufstandsbewegung im Januar ermorden sollten.

Die „Freiheit" vergißt hinzuzusetzen, ob sie selbst diesen Beschuldigungen Glauben schenkt. Nach der Aufmachung des Prozeßberichtes müssen dies ihre Leser aber tun. Deshalb sei hinzugesetzt, daß Hasso v. Tyszka nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge unter seinem Eide angegeben hat, daß Frau Ledebour, Dr. Kurt Rosenfeld, Herr Dr. Wilhelm Liebknecht, Herr Wilhelm Dittmann, Frau Luise Zietz und mehrere Parteisekretäre der U. S. P. **ihm fortlaufend größere und kleinere Summen sowie große Mengen Lebensmittel, insbesondere Schinken und Butter, gegeben hätten, damit er eine falsche eidesstattliche Aussage gegen Leutnant Fischer abgebe.** In dem Untersuchungsverfahren, das daraufhin gegen die genannten Personen wegen Verleitung zum Meineid eingeleitet wurde, hat eine Zeugin bestätigt, daß sie mit Hasso v. Tyszka zusammen ein Brot, ein halbes Pfund Schinken, Honig, Marmelade und andere Lebensmittel **vom Parteibureau der U. S. P.** abgeholt habe. Ferner ist bei den Akten eine Fahrkarte nach Leipzig, welche dem Hasso v. Tyszka nachweislich vom Parteibureau der U. S. P. gekauft und eingehändigt worden ist, weil er nach dem Ledebour-Prozeß aus Berlin verschwinden sollte. Trotzdem hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Frau Ledebour und Genossen eingestellt, weil sie zu der Ueberzeugung kam, **daß man auf die Aussage Hasso v. Tyszkas hin überhaupt nichts unternehmen könne.**

Was die Beschuldigungen Hasso v. Tyszkas gegen Leutnant Fischer anbetrifft, so hat er diese vor der Polizei, vor der Staatsanwaltschaft und vor dem Untersuchungsausschuß der preußischen Landesversammlung selbst widerrufen und **als gemeine Lüge** bezeichnet, zu der er nur durch die Bestechungen von unabhängiger Seite veranlaßt worden sei. Zugleich hat er vor versammeltem Untersuchungsausschuß Leutnant Fischer **um Verzeihung** gebeten und ihn angefleht, er möchte doch in seinem Prozeß aussagen, daß die Kommandantur ihm, dem Hasso v. Tyszka, die Genehmigung zu Haussuchungen erteilt habe. Leutnant Fischer hat erwidert, er könne auch vor Gericht nur die Wahrheit sagen, und daraufhin hat der Tyszka nun die alten Lügen aus dem Ledebour-Prozeß wieder aufgewärmt.

Schon im unmittelbaren Anschluß an den Ledebour-Prozeß war gegen Leutnant Fischer auf sein Verlangen eine Voruntersuchung wegen Anstiftung zum Mord eingeleitet worden. Das Verfahren, dem durch Anrufung des bekannten Duchesne-Paragraphen des Strafgesetzbuchs (§ 49a) eine besonders weite Ausdehnung gegeben wurde, wurde nicht nur deswegen eingestellt, weil Tyszka unglaubwürdig ist, **sondern weil durch die Aussage anderer unverdächtiger Zeugen zwingend nachgewiesen werden konnte, daß an den Beschuldigungen gegen Fischer auch nicht ein wahres Wort ist.** Der Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft stellt denn auch **ausdrücklich die vollkommene Unschuld des Leutnants Fischer an den Verhaftungen und angeblichen Mordplänen fest.**

Dies ist der Tatbestand. Wir stellen der „Freiheit" anheim, nunmehr Tyszka für glaubwürdig oder für unglaubwürdig zu erklären. Ist er glaubwürdig, dann gehören Frau Ledebour, Kurt Rosenfeld usw. ins Zuchthaus. Ist er unglaubwürdig, dann kann nur noch ein schmutziger Verleumder seine Beschuldigungen gegen Leutnant Fischer weiterverbreiten. Wie beliebts?

Hochschulring.

Im Ring, im Ring, im Boxerring
stößt man den Gegner vor den Bauch,
im Ring, im Ring, im Hochschulring,
ist Reckentum jetzo der Brauch.
Herr Ludendorff ist auch schon da —
aha!

Mit Klunkern, Klunkerzeug behängt
erhebt sich die Studentenschaft,
soweit der fromme Geist sie drängt,
der weislich zehrt von fremder Kraft;
Das Volk hat noch ein Quentchen Blut —
nun gut.

Frischauf und keck das Maul gewetzt:
Zum Henker, wer nicht mit uns geht!
Und führt die Karre schief zuletzt,
bezahlt die Kiste der Prolet;
die Helden stieben schleunigst weg,
o Schreck!

Das war doch so im letzten Jahr?
Jetzt drehen wieder an dem Ding
Professorlein und Korpsscholar
im Ring, im Ring, im Hochschulring,
wo Wissensmut, wo Wahrheit wacht —
wer lacht?

Schlaraff.

Der Entdecker der X-Strahlen, Wilhelm Konrad Röntgen, der jetzt im 75. Lebensjahr steht, gibt Ende dieses Wintersemesters seine Tätigkeit als Vorlesungslehrer und als Leiter des Physikalischen Instituts der Münchener Universität auf.

Theater. Die für den 21. Dezember angesetzte Wiederholung der zweiten Mittagsveranstaltung im Staatstheater wird verschoben. Die gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit für die nächste, dritte Mittagsveranstaltung am 11. Januar. — Im Kleinen Schauspielhaus findet am ersten Weihnachtsfeiertag die Erstaufführung von Karl Sternheims Lustspiel „Die Hose" unter Karlheinz Martin statt. — Im Großen Schauspielhaus findet am zweiten Weihnachtstag eine einmalige Nachmittagsvorstellung der Orestie außer Abonnement statt. Beginn 2½ Uhr.

Else Lasker-Schüler liest am nächsten Sonntag, vormittags 11½ Uhr, in der „Tribüne" aus eigenen Dichtungen.

Der Maler Hans Baluschek läßt soeben ein Buch unter dem Titel „Entblößte Seelen" im Verlag Hoffmann u. Campe, Hamburg, Berlin — erscheinen. Es bringt Geschichten aus der Welt, die er uns als Zeichner und Maler erschlossen hat, Erlebnisse und Eindrücke, die er als Schriftsteller festgehalten hat, wo aus künstlerischen Gesichten sein Schaffen als Maler ausgeschaltet war.

Humboldt-Feier in Mexiko. Nach brieflichen Mitteilungen aus Mexiko veranstalteten zum 150. Geburtstage Alexander von Humboldts die mexikanische Gesellschaft für Geographie und Statistik sowie die Wissenschaftliche Gesellschaft „Antonio Alzate" unter Vorsitz des Landwirtschaftsministers Monatz eine Feier. Kränze wurden am Denkmal Humboldts niedergelegt. **Alle größeren Zeitungen der Hauptstadt gedachten der Verdienste des großen Forschers.**

Auch ein Hochverrat.

Vor dem Münchener Volksgericht begann die Verhandlung gegen den Intendanturrat Karl Schmidt und Sekretär Ludwig Wolf. Den Hochverrat sollen sie besonders durch ein Telegramm begangen haben, in dem sie die Beamten Münchens aufforderten, ihre Arbeit während der Herrschaft der Räterepublik fortzusetzen. Die Angeklagten verteidigten sich damit, sie hätten mit dem Telegramm die Beamten nur zur Wahrung der politischen Neutralität veranlassen wollen. — Es liegt einfach im Interesse des Gesamtvolkes, wenn auch unter einer noch so wüsten Terrorherrschaft der Betrieb der Aemter weitergeführt wird.

Die Sparprämien-Angelegenheit.

WTB verbreitet folgende Mitteilung:

Von den insgesamt verausgabten Beträgen entfällt der überwiegende Teil, 5,5 Millionen Mark, auf Inserate an die gesamte deutsche Presse. Sowohl die Tages- wie die Fachpresse (zusammen etwa 7000 Zeitungen), für die sonstige Propaganda kommen etwa 3,4 Millionen Mark in Frage. Die Höhe des anfangs vorgesehenen Betrages wurde entsprechend heraufgesetzt, als es sich notwendig erwies, die Zahlungsfrist infolge der Verkehrssperre bei Beginn der Zeichnung zweimal zu verlängern.

Zur Prüfung der Ausgaben ist ein Ausschuß eingesetzt, dem außer dem Geheimen Regierungsrat Norden, der bereits mit dieser Aufgabe betraut war, Geh. Oberfinanzrat Dr. v. Grimm und Abg. Ruschke („Berliner Volkszeitung") angehören. Der Börsenverein der Buchhändler Deutschlands (Leipzig) ist um Entsendung eines sachverständigen Mitgliedes ersucht worden.

Zu der Angabe, daß auf den Postanstalten wochenlang Riesenmengen von Drucksachen lagen, die nicht befördert werden konnten, schreibt uns das Postamt 68, daß die Schuld daran einige Bank- und Lotteriegeschäfte treffe. Die Anleihe war seit dem 10. November aufgelegt, die Massensendungen wurden aber erst seit dem 21. November aufgeliefert und da das Postamt vorher nicht davon verständigt worden war, war es technisch außerstande, die Riesenarbeit rasch genug zu bewältigen.

Das Forschungswesen in der Textilindustrie.

Gegen den Abg. Krätzig sind in der Oeffentlichkeit heftige Angriffe gerichtet worden, wegen seiner Stellungnahme zu einer Vorlage der Reichsregierung, betreffend das Forschungswesen in der Textilindustrie. Man wirft ihm im Verbandsorgan des Deutschen Textilarbeiterverbandes vor, er habe bei Verhandlungen über die Vorlage der Regierung dem Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Sachkunde in Textilfragen abgesprochen und die Interessen der Textilarbeiter schwer geschädigt, indem er den Scharfmachern in die Hände gearbeitet habe.

Genosse Krätzig hat sofort, als er von diesen Angriffen Kenntnis erhielt, bei der Fraktion der Nationalversammlung die Einsetzung eines Ausschusses von fünf Personen beantragt, zur Untersuchung der Angelegenheit.

Der Ausschuß hat folgendes ermittelt:

1. Die Reichsregierung brachte bei der letzten Etatsberatung eine Denkschrift ein über ihre Absichten hinsichtlich der Förderung des Forschungswesens in der Textilindustrie. Sie verlangte 5 Millionen Mark für die Verwirklichung dieser Absichten; darunter 1½ Millionen Mark für die Errichtung eines biochemischen Instituts zur Erforschung einheimischer Faserpflanzen und zur Veredelung künstlicher Fasern. Der Zentrumsabgeordnete Ersing trat der Errichtung dieses Instituts entgegen, während Genosse Krätzig für die Regierungsvorlage eintrat, wobei er darauf verwies, daß die ersten wissenschaftlichen Autoren auf dem Gebiete der Chemie und Biologie für die Errichtung des Instituts eingetreten seien. Darauf erwiderte Ersing, daß auch Jäckel und der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen die Errichtung dieses neuen Instituts gewesen seien. Die seien doch auch sachverständig. Darauf rief Genosse Krätzig dazwischen: „Nein, hier (auf dem Gebiete der Biochemie) sind doch die Gewerkschaftsvorstände nicht sachverständig."

Es war also nicht von der Sachkunde auf dem Gebiete der Textilindustrie die Rede, sondern von derjenigen auf dem Gebiete der Biochemie. Hier wird der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes selbst nicht sagen, daß er sachkundig sei.

2. Den Scharfmachern soll Genosse Krätzig dadurch in die Hände gearbeitet haben, daß er einen Antrag Ersing bekämpfte, der wollte, daß die Vertreter der Textilarbeiter und Arbeitgeber anstatt von den Regierungen der Einzelstaaten, von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Textilindustrie in das Kuratorium des Textilforschungswesens vorgeschlagen werden sollten.

Der Ausschuß hat dazu folgendes ermittelt:

Genosse Krätzig hat den Antrag Ersing **nicht** bekämpft. Der dabei beteiligt gewesene Abg. Ersing behauptet das auch nicht, sondern er schreibt in der „Christlichen Textilarbeiter-Zeitung", Krätzig habe gemeint, er hätte ja nichts dagegen, aber die Arbeitsgemeinschaft funktioniere noch nicht recht und da sei es besser wenn die Regierungen die Vorschläge machen würden.

In Wirklichkeit sagte Krätzig folgendes:

„Ich habe selbstverständlich nichts dagegen, daß die neun Arbeiter- und die neun Arbeitgebervertreter von der Arbeitsgemeinschaft der Textilindustrie vorgeschlagen werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß gestern in der Plenarsitzung der Reichsstelle für Textilwirtschaft bei der Verhandlung über die Wiedereinführung des Zweistundensystems der frühere Abgeordnete Jäckel lebhafte Klage geführt hat, daß die Arbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie nicht recht funktioniert. Es wäre bedauerlich, wenn etwa eine neue Verzögerung eintreten sollte. Es ist daher vielleicht besser, man beläßt es bei dem Vorschlag der Vorlage, zumal ja doch auch die jetzigen Regierungen der Einzelstaaten so zusammengesetzt sind, daß die Arbeiter Erfüllung ihrer Wünsche erwarten können."

Der Zentrumsabgeordnete Ersing hat daraufhin den diesbezüglichen Antrag zurückgezogen, so daß also nur noch der Vorschlag der Regierungsvorlage übrig blieb.

Es kann also auch nicht gesagt werden, daß Genosse Krätzig den Scharfmachern in die Hände gearbeitet habe.

Schließlich steht fest, daß Genosse Krätzig ohne sein Wissen als Vertreter der Textilarbeiter in Sachsen in das Kuratorium in Vorschlag gebracht worden ist.

Die Angriffe gegen den Genossen Krätzig und dadurch mittelbar auch gegen die soz. Fraktion der Nationalversammlung sind also absolut unbegründet und daher unberechtigt.

Berlin, den 17. Dezember 1919.

Der Ausschuß.

H. Kahmann. Franz Holzapfel. Anton Bial.
H. Molkenbuhr. Ernestine Lutze.

Die Westrussen in Deutschland.

Zu dem Besuch Awalows-Bermondt bei Noske hört die „D. A. Z.", daß von den 8000 Russen die Hälfte sofort wieder zur Antibolschewistenfront wolle. Diese kriegslustigen Elemente sind teils in Danzig, teils in anderen Ostseestädten untergebracht und warten dort auf die Gelegenheit zum Abtransport mit Schiff. Die anderen Russen sind in Nauen und Altengrabow einquartiert. Es handelt sich hier um Personen, die wir nur auf Grund des Gastfreundschafts- und Asylrechts beherbergen müssen. Sie haben soviel Freiheiten, um unter sich ihre Angelegenheiten nach ihrer Lebensgewöhnung zu regeln, müssen jedoch gewissermaßen als Internierte betrachtet werden, die bei passender Gelegenheit einzeln oder in Gruppen aus Deutschland abgeschoben werden.

Der Abtransport der „deutschen Legion" aus Ostpreußen in das Innere Deutschlands setzte Donnerstag ein. Es wurde festgestellt, daß in der Gegend von Bajohren drei lettisch-litauische Banden von je fünf, sechs Köpfen etwa 800 Meter über die deutsche Grenze kamen. Da sich keine Zusammenstöße ereigneten, konnte nicht ermittelt werden, ob die Banden bewaffnet waren. Es ist damit zu rechnen, daß solche Grenzverletzungen öfter vorkommen, da es sich um Waldgegenden handelt, in denen auch versehentliche Uebertritte auf deutsches Gebiet schon vor dem Kriege nicht selten waren.

Lenin gegen Wahlstreik und Putschismus.

Der „Avanti" veröffentlicht ein Schreiben Lenins an Serrati, dem wir folgendes entnehmen:

Euer Parteitagsbeschluß, die Teilnahme an den Wahlen in das bürgerliche Parlament betreffend, scheint mir sehr richtig. Ich hoffe, daß er dazu beitragen wird, die in dieser Frage unter den deutschen Kommunisten herrschenden Meinungsverschiedenheiten in gesunde Bahnen zu lenken. (Die folgenden Sätze wurden im „Avanti" konfisziert und erst auf Grund einer Interpellation im Parlament freigegeben.) Es kann der Fall eintreten, daß England und Frankreich, unterstützt von der Bourgeoisie Italiens, den Versuch unternehmen werden, das Proletariat zu einer frühzeitigen Erhebung zu provozieren, um es dann um so leichter niederwerfen zu können. Aber ihre Absicht wird ihnen nicht gelingen. Einst, wenn der günstige Augenblick mit Rücksicht auf die internationale Lage gewählt ist, wird der Sieg der Diktatur des italienischen Proletariats ein dauernder sein. Das gewährleisten auch die Fortschritte der Kommunisten in Frankreich, in England und in der ganze Welt.

Alles ändert sich, und sogar Lenin wackelt in seinen Prinzipien.

Französische Schieber vor Gericht.

Der Schieberprozeß, in den sieben französische Offiziere und zwei Kaufleute aus Saarbrücken und Ludwigshafen verwickelt sind, soll am 22. Dezember in Mainz zur Verhandlung kommen. Die Verhaftung der Offiziere und Kaufleute, welche in Saarbrücken und Ludwigshafen Schiebergeschäfte betrieben, erregte seinerzeit großes Aufsehen.

Aus Frankfurt am Main wird eine lebhafte Werbetätigkeit für die Fremdenlegion gemeldet.

Ein Dementi Clemenceaus.

Generalsekretär Dutasta erklärte Herrn von Lersner, es sei unrichtig, daß Clemenceau Pressevertretern gegenüber geäußert habe, die Herausgabe von Gefangenen mit anderen Fragen verquicken zu wollen. Dies entspreche nicht den Absichten Clemenceaus, der die Gefangenenfrage mit keiner anderen verquicken wolle.

Kleine politische Nachrichten.

Friedberg-Erzberger. Wie die „Voss. Ztg." meldet, beschäftigte sich die demokratische Reichs-Fraktion mit den Angriffen Dr. Friedbergs auf Erzberger. Es wurde darauf hingewiesen, daß Dr. Friedberg zu den Beratungen der Fraktion über die Steuervorlagen stets eingeladen worden sei, daß er aber von dieser Gelegenheit, dort seinen Einfluß auszuüben, keinen Gebrauch gemacht habe. Der Parteivorstand soll versuchen, den Gegensatz, der zwischen den beiden Fraktionen entstanden ist, zu überbrücken. Der Sitzung wohnte auch Reichsjustizminister Schiffer bei, der sich zugunsten Erzbergers geäußert habe.

Politische Idealisten. Mit allen Mitteln suchen die Deutschnationalen ihren Geldbeutel für die kommenden Wahlen zu füllen. Wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, werden zurzeit Herren gesucht mit weitreichenden Beziehungen zur Industrie, denen die Aufgabe zufällt, in industriellen Kreisen Gelder für agitatorische Zwecke der Deutschnationalen Partei locker zu machen. Zur diesen Zweck wird den Herren nicht nur ein Automobil zur Verfügung gestellt, sondern als Entschädigung zahlt man ihnen nicht weniger als **15 Proz. der von ihnen zusammengebrachten Gelder.** Unser Gewährsmann meint, daß die Deutschnationalen mit diesem Vorgehen einen ganz neuen Berufszweig eröffnen. So neu ist indessen die Methode nicht: der Schriftenvertrieb des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat in dieser Weise schon lange vor dem Kriege seine Agitatoren von Fabrik zu Fabrik geschickt, er zahlte sogar 20 bis 30 Proz. Provision. Wo eben kein politischer Idealismus ist, da muß es das Geld machen.

Ein elender Prinzipienverrat, der sich Dienstag, den 16. Dezember 1919, nachmittags ½4 Uhr, in öffentlicher Sitzung der Nationalversammlung vor aller Augen abspielte wird nicht verfehlen, die Rache der zuständigen Aktionsinstanzen nach sich zu ziehen: Luise Zietz, Vorstandsmitglied der U. S. P. D., ging plötzlich auf den Abg. Löbe, Vorsitzender der Verräter- und Mörderfraktion der S. P. D., zu und sprach mit ihm nicht weniger als 2 Minuten 87⁷/₁₀ Sekunden. Dann hatte sie noch den traurigen Mut, ihren Platz unter den wahren Arbeitervertretern wieder einzunehmen. Immerhin sprach aus ihrer gesenkten Kopfhaltung neben der Anziehungskraft der Erde wohl auch ein schuldbeladenes Gewissen. Das weitere, Luise, wird sich finden: Klara wacht!

Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich wurde von der belgischen Kammer durch Beschluß begrüßt. Unter den Antragstellern, die diese Kundgebung gegen das Selbstbestimmungsrecht veranlaßten, befindet sich auch der Sozialist Destanne, der noch dazu in dem brutal unterdrückten und gewaltsam französierten Flandern gewählt ist. Der Generalkommissar in Straßburg hat die Sequestur über deutschen Privatgrundbesitz in Elsaß-Lothringen aufgehoben, soweit er noch nicht liquidiert ist. — Aus dem Straßburger Landesgebäude wird eine Musiklehranstalt gemacht. Wie die Franzosen pfeifen, so wird da getanzt. — Der gewesene Redakteur des Metzer sozialdemokratischen Blattes, Pierra, über dessen Affäre wir seinerzeit berichteten, ist nach Tunis verschleppt worden.

Ein „Buch des Hasses" wird — — als Jugendschrift — — in dem Schriftstellervereinsblatt „Die Feder" angepriesen. Und der Federverlag gibt sich dazu her, Angebote entgegenzunehmen!

Eine neue sozialistische Partei ist von denjenigen französischen Abgeordneten gegründet worden, die trotz ihrer Nichtaufstellung durch die Partei letzthin gewählt worden waren. Die Partei will auf „nationaler" Grundlage die Arbeiterinteressen vertreten.

Der neue französische Kammerpräsident. Deschanel wurde mit 476 von 506 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt.

Gewerkschaftsbewegung

Schrittmacher der Unternehmer.

In machtvoller Demonstration haben dieser Tage die Angestellten der Versicherungsgesellschaften ihren festen Willen bekundet, einzutreten für eine den heutigen Teuerungsverhältnissen angepaßte Bewertung ihrer Arbeitskraft. Weil der jetzt geltende Reichstarif für das Versicherungsgewerbe diesen berechtigten Anforderungen nicht entspricht, hat bekanntlich die gewerkschaftliche Vertretung der Angestellten, der Zentralverband der Angestellten, den Tarif zum Ablauf dieses Jahres gekündigt und in bereits stattgefundenen schriftlichen Verhandlungen einen neuen Tarifentwurf vorgelegt. Dieser Entwurf wurde vom Unternehmerverband in einem Schreiben vom 8. d. M. abgelehnt und der Zentralverband um Vorlage eines neuen Entwurfes ersucht. Ein Verlangen, dem bei der Kürze der Zeit bis 31. Dezember nicht entsprochen werden kann.

In ihrer Not finden die Unternehmer nun in dem für das Versicherungsgewerbe herzlich bedeutungslosen Gewerkschaftsbund der Angestellten eine treffliche Stütze. Die Unternehmer verlangen, daß nicht nur der Zentralverband der Angestellten, sondern auch die übrigen im Gewerbe existierenden Angestelltenorganisationen an den Verhandlungen über den Tarif beteiligt werden.

In sonderbarer Uebereinstimmung mit den Unternehmern fordert das zur gleichen Zeit auch der Gewerkschaftsbund in einem Flugblatt, in dem allerhand Unwahrheiten über den Zentralverband verbreitet werden. Bescheiden, wie diese Organisation ist, kann sie sich in ihrem Vorhaben auf einen „Beschluß" von Angestellten berufen. Wie dieser Beschluß zurecht geschoben wurde, lehren folgende Tatsachen:

Mit vorheriger Zustimmung der Direktion verließen am 18. d. M. die etwa 5000 Angestellten der „Viktoria" vormittags den Betrieb, um in der Bockbrauerei in einer Betriebsversammlung Stellung zu nehmen zu der Tariffrage. Da sich die Räume als zu klein erwiesen, wurde die Versammlung nach dem Tempelhofer Feld verlegt und dort von den Versammelten gegen 2 Stimmen der Beschluß gefaßt, den Zentralverband mit der Interessenvertretung zu betrauen. Von den vorher in der Bockbrauerei Versammelten hatten sich 150—200 Angestellte abgesplittert, die bei der Verlegung im Saale blieben und sich dort als „Betriebsversammlung" etablierten. Natürlich klappte die Regie. Die 150 Männlein faßten als Betriebsversammlung den „Beschluß", den Gewerkschaftsbund mit der Vertretung bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen zu betrauen.

Die Unternehmer bringen dieser ihnen nur zu genehmen Zersplitterung das nötige Verständnis entgegen. Während in dem früheren Schriftwechsel mit keinem Worte verlangt wurde, neben dem Zentralverband noch andere Organisationen oder richtiger Organisationen zuzulassen, wird mit Datum vom 15. Dezember 1919 — also zwei Tage nach der Versammlung — in einem Rundschreiben an die Angestellten der Betriebe plötzlich das Verlangen gestellt, mit allen in Betracht kommenden Organisationen verhandeln zu wollen.

Das ist natürlich nur ein reiner Zufall. Der Unternehmerverband denkt gar nicht daran, die Quertreiberei des für das Gewerbe bedeutungslosen „Gewerkschaftsbundes" zu benutzen, um die Angestellten gegeneinander auszuspielen, und einen den Unternehmer genehmen Vertrag zu erzielen. Für alle Angestellten zeigen die dargelegten Tatsachen, wie dringend nötig den Unternehmern gegenüber eine wirkliche Einheitsfront der Angestellten ist, die nur durch den Zusammenschluß aller Angestellten in der freigewerkschaftlichen Organisation, dem Zentralverband der Angestellten, zu schaffen ist.

Der Tarifvertrag im Versicherungsgewerbe.

Der am 12. Mai 1919 abgeschlossene Reichstarifvertrag für die Angestellten der privaten Versicherungsunternehmungen ist vom Reichsarbeitsminister am 12. Dezember für die privaten Versicherungsunternehmungen einschließlich der Verwaltungs- und Provisions-Generalagenturen für das Gebiet des Deutschen Reiches rückwirkend ab 1. Juli 1919 für allgemein verbindlich erklärt. Laut Bescheid des Reichsarbeitsministeriums vom 18. Dezember bleiben alle Bestimmungen jenes Tarifvertrages als allgemein verbindliches Arbeitsrecht zunächst unbeeinflußt von der Kündigung des Vertragsverhältnisses zwischen den Vertragsparteien in Kraft.

Geheimratsgeist aus der Wilhelminischen Aera.

Die Klagen verstummen nicht, daß höhere Postbeamte, die in ihren Gedanken scheinbar noch im alten verknöcherten Untertanenstaat leben, den ihnen unterstellten Beamten und Arbeitern verbieten wollen, sich ihrer zuständigen Berufsorganisation anzuschließen. Das gesamte Post- und Telegraphen-Personal will jedoch nicht länger verharren unter den drückenden Verhältnissen, von denen die Oeffentlichkeit nur ab und zu einmal Kenntnis erhält. Wie sich der Umschwung unserer gesamten ökonomischen und politischen Verhältnisse vollzieht, so muß auch das Dasein des Post- und Telegraphen-Personals auf eine neue Grundlage gestellt werden.

Nachstehende Verfügung der Oberpostdirektion beweist deutlich, wie man systematisch versucht, die elementarsten Rechte der unteren Beamten und Arbeitnehmer zu untergraben.

O. P. D. I. M. III zur Meldung vom 5.

Berlin C 2, den 5. 12. 1919.

ö. B. u. A. A.

Die vorgelegte Einladung des Verbandes des Post- und Telegraphenpersonals (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband) zu einer Versammlung fordert u. a. auch die nicht planmäßig angestellten Beamten, Postboten und Postillione zur Teilnahme auf und bezweckt, „die Macht des gesamten Postpersonals in den Gewerkschaften zu verankern". Da der Transportarbeiterverband als gewerkschaftliche Organisation für die genannten Beamtenklassen nicht in Betracht kommt und die Versammlung nach dem angegebenen Zweck als allgemein gewerkschaftlicher und politischer Natur anzusehen ist, kann die Anbringung dieser Einladungszettel und die Verteilung derselben in den Diensträumen, die einer Anbringung gleichzuachten wäre, nicht gestattet werden.

Zur Verfügung vom 14. 10. III F 5.

i. V.: gez. Kraiger.

Die Versammlung, die zu dieser Verfügung Veranlassung gab, fand am 7. Dezember d. J. mit einer festgesetzten Tagesordnung: „Vortrag über Fachvereine oder Gewerkschaften" statt. Also ein rein gewerkschaftliches Thema. Wenn in dieser Verfügung noch gesagt wird, daß die Versammlung politischer Natur sei, so entspricht diese Auffassung einer falschen Voraussetzung eines nachgeordneten Beamten.

Gegen diese Verfügung hat die Organisation beim Reichspostministerium Beschwerde erhoben und die sofortige Zurückziehung derselben verlangt, weil diese einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit aller Staatsarbeiter und Beamten bedeutet.

Es geht auch die O. P. D. gar nichts an, in welchem Verband sich die Angestellten zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen organisieren wollen. Das Entscheidungsrecht darüber haben die Angestellten selbst. Das gesamte Post- und Telegraphenpersonal wird sich durch solche Nadelstichpolitik in der Ausübung ihrer Rechte nicht beeinträchtigen lassen. Diese haben erkannt, daß sie nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte in den Gewerkschaften eine Gewähr finden, um ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten und schützen zu können.

Angestelltenstreiks.

Da die Tarifverhandlungen in Darmstadt gescheitert sind, sind die kaufmännischen und technischen Angestellten in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen dauern fort. — In Dresden streiken die Angestellten, um Rückwirkung des Tarifs vom 1. Oktober ab durchzusetzen.

Ueber die Lehren des Metallarbeiterstreiks sprach in der letzten Delegierten-Versammlung der Charlottenburger Gewerkschaftskommission der Bezirksleiter des Metallarbeiter-Verbandes Zippel. In der Diskussion erhoben nur Scheible (Zimmerer) und Hammer (Maler) Einwendungen, besonders gegen die Streikleitung, während Gutschmidt, Nerlich, Moktior und Flemming anerkennen mußten, daß im Vergleich zu früheren größeren Streiks die Metallarbeiter immer noch günstig abgeschnitten haben. In seinem Schlußwort ermahnte der Referent zur Einigkeit des Proletariats.

Obmann Flemming wies auf die Volksbildungskurse der Stadt Charlottenburg hin und versuchte für dieselben die Agitation zu betreiben. Des weiteren behandelte Flemming unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Frage der Entlassung unserer Volksbrüder, die immer noch in französischer Kriegsgefangenschaft schmachten. Im Namen der Menschlichkeit muß der Ruf nach Befreiung aus der Kriegsgefangenschaft in den Arbeiterversammlungen immer lauter erschallen, bis der Erfolg da ist.

Fietze kam noch auf die Lohnbewegung der Portiers zu sprechen und schilderte hierbei die traurige wirtschaftliche Lage dieser Arbeiterkategorie, welche dringend einer Aufbesserung bedarf. Er bat um die moralische Hilfe der Arbeiterschaft in ihrer Bewegung.

In die Gewerkschaftskommission sind wiedereingetreten die Schuhmacher und neu hinzugekommen sind die Glaser.

Das Personal der Kranken- und Pflegeanstalten Groß-Berlins hielt am 17. d. M. im großen Saal der „Andreas-Festsäle" eine Sektionsversammlung ab, in der Fräulein Friedrich vom Verband der Gemeind- und Staatsarbeiter Bericht erstattete über die Reichskonferenz der Sektion „Gesundheitswesen" des Verbandes, die am 30. November und 1. Dezember d. J. in Jena tagte. Die Sektion umfaßt zurzeit eine Mitgliedschaft von 40 000 in Kranken- und Pflegeanstalten beschäftigten Personen, von denen mehr als die Hälfte direkt im Pflegeberuf tätig ist. Das Hauptinteresse der Konferenz richtete sich nach den Ausführungen der Rednerin auf die Fragen der Ausbildung des Pflegepersonals und den Achtstundentag in der Krankenpflege. Zur Frage der Ausbildung forderte die Konferenz: 1. Die reichsgesetzliche Neuregelung der Ausbildung, 2. die obligatorische Ausbildung des Pflegepersonals, die alle Zweige der Krankenpflege umfassen und der Spezial- und Fortbildungskurse angegliedert werden sollen, 3. die Zulassung jeder geeigneten Person zum Pflegeberuf, 4. besondere Uebergangsbestimmungen für bereits im Beruf Tätige und 5. das Verbot der privaten Ausbildungsinstitute. Die Frage des Achtstundentages wurde in der Konferenz besonders eingehend behandelt. Der vorliegende vorläufige Gesetzentwurf, der nur einem Teil des Personals die achtstündige Arbeitszeit zugestehen und die gesamte Ordenspflege von den Bestimmungen des Gesetzes ausschließen will, wurde als nicht weitgehend genug zurückgewiesen. Von der Referentin wurde besonders auf die Kämpfe hingewiesen, die die ärztlichen Interessenten und Anstaltsleiter gegen die achtstündige Arbeitszeit in der Krankenpflege führen. Die Herren verlangen als alleinige Sachverständige und Sachverwalter der Kranken angesehen zu werden. Wie wenig sie dazu berechtigt sind, wurde auf der Konferenz eingehend nachgewiesen. Haben sie es doch mit ihrer Rücksicht auf die Kranken vereinbaren können, daß zu einer Zeit, wo ganz Deutschland am Hungertuche nagte und die Rationierung der Lebensmittel allgemein durchgeführt war, in den Krankenanstalten die unterschiedliche Beköstigung nach 4 qualitativ und quantitativ sehr verschiedenen Tischen aufrechterhalten wurde, wobei für die Beköstigung der Aerzte und leitenden Personen erhebliche Ueberschreitungen des Etats vorgekommen sind, während bei der Beköstigung des Personals und der Kranken noch Ersparnisse zu erzielen waren!! Es wurde weiter festgestellt, daß da, wo der Achtstundentag bereits in der Krankenpflege eingeführt ist, er sich durchaus bewährt hat. Auf der Konferenz kam denn auch übereinstimmend zum Ausdruck, daß das Personal nicht gewillt ist, hier dem Ansturm der Profitinteressenten aus den Kreisen der Aerzte und der Anstaltsbesitzer zu weichen, sondern daß es mit allen, aber auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Achtstundentag verteidigen wird.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 19. Dezember: Fachgruppe 6, Sektion b (Spedition). Mitgliederversammlung abends 7½ Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Fachgruppe 17, Sektion d (Spirituosen). Oeffentliche Versammlung abends 7 Uhr in den Sophiensälen, Sophienstr. 17/18.

Siemens u. Halske Blockwerk. Die Auszahlung der Restunterstützung findet am Sonnabend bei Müller, Siemensstadt, von 9—10 Uhr statt. Verbandsbücher sind unbedingt mitzubringen. Die Auszahlung der gesammelten Gelder findet gleicherzeit statt. Nicht abgeholte Extraunterstützung verfällt zugunsten der anderen Kollegen.

Siemenskonzern. Transport-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen vom Dynamowerk, der Bahnhalle und des Autobaues: Freitag nachm. 4 Uhr bei Lange, Reißstr. 20, Versammlung.

Parteinachrichten.

Zur Affäre Sklarz. Auf Antrag des Parteivorstandes hat der Parteiausschuß eine siebengliedrige Kommission zur Untersuchung der Beschuldigungen eingesetzt, die im Zusammenhang mit dem Fall Sklarz gegen Parteimitglieder erhoben worden sind.

Zum Marlohprozeß. Der sozialdemokratische Wahlverein Neukölln nahm zwei Entschließungen einstimmig an, die gegen den Freispruch Marlohs protestieren, Beseitigung der Militärgerichte fordern und die Bestrafung der kompromittierten Zeugen verlangen.

Ferner wird die Einberufung einer Generalversammlung von Groß-Berlin gefordert, um Stellung zu nehmen zum Marlohprozeß, der Justiz und der augenblicklichen politischen Lage.

In dieser Generalversammlung sind zu laden die Groß-Berliner Abgeordneten beider gesetzgebenden Körperschaften, um über ihre zukünftige Gesamtpolitik Bericht zu erstatten. Die Genossen in verantwortungsvollen Regierungsstellen sind ebenfalls einzuladen.

Gerichtszeitung.

Als Mörder seiner Ehefrau stand gestern der Arbeiter Ernst Grünberg aus Oranienburg vor dem Schwurgericht. Er wurde beschuldigt, am 18. Dezember v. J. seine Ehefrau Auguste hinterrücks in den Schiffahrtskanal gestoßen und auf diese Weise ertränkt zu haben. Der Angeklagte hatte sich im Dezember 1914, als er ins Feld ausrücken sollte, mit seiner Ehefrau, die bis dahin Dienstmädchen gewesen war, verheiratet und ist Vater eines Kindes geworden. Die Ehe war zunächst ganz glücklich, sie trübte sich aber mehr und mehr, da das Ehepaar nicht zusammen paßte; die Frau war still und zurückhaltend, er dagegen lebenslustig und vergnügungssüchtig.

Als er im Juli 1918 auf Urlaub war, wurde er fahnenflüchtig und amüsierte sich in der Heimat. Die Frau, die weiterhin die Unterstützungsgelder für Kriegerfrauen sich sichern wollte, machte dem Regiment Mitteilung über den Aufenthalt ihres Mannes, was dessen Festnahme zur Folge hatte.

Als er dann im November 1918 entlassen wurde und zu seiner Frau zurückkehrte, machte er verschiedenen Personen Andeutungen, wonach er den Wunsch hatte, seine Frau los zu werden, um eine andere heiraten zu können. Am 19. Dezember erschien der Angeklagte auf dem Polizeiamt und teilte mit, daß seine Frau verschwunden sei und jedenfalls Selbstmord verübt habe. In Oranienburg verdichtete sich aber mehr und mehr der Verdacht, daß der Angeklagte seine Frau, deren Leiche später im Schiffahrtskanal aufgefunden wurde, getötet habe. Dieser Verdacht gründet sich auf die Aeußerungen, die er gemacht, ferner auf die Tatsache, daß er drei Tage vor dem Verschwinden der Frau auf einem Tanzvergnügen ein Dienstmädchen kennen gelernt hatte und dieses Mädchen heiraten wollte, endlich darauf, daß er Rachegefühle gegen seine Frau hegte, weil ihn diese beim Regiment angezeigt hatte. Er wurde verhaftet und hat bei zwei richterlichen Vernehmungen eingestanden, seine Frau ins Wasser gestoßen zu haben.

Im gestrigen Termin änderte er sein Geständnis und behauptete: er sei, als er am 18. Dezember abends mit der Frau unterwegs gewesen und an den Schiffahrtskanal gekommen sei, mit ihr in heftigen Streit geraten, habe ihr ein paar Maulschellen gegeben und dabei sei die Frau ausgerutscht und in den Kanal gestürzt. Um ihr weiteres Schicksal habe er sich allerdings nicht gekümmert. Die Geschworenen bejahten die Frage nach Mord, so daß das Gericht ihn zum Tode und Ehrverlust verurteilte.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Richter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Jacob Stück Nachfl.
Weinbrennereien Hanau a/M.
General-Vertreter: Vertriebsgesellschaft für Brennerei-Erzeugnisse m. b. H., Berlin W 9, Potsdamer Str. 23a.